

1. Vorbemerkung	131
2. Schwerpunkte des Modells	131
2.1 Funktionsprinzipien der westdeutschen Wirtschaft	131
2.2 Etappen der westdeutschen Wirtschafts- entwicklung	131
2.3 Erfahrungen der Wirtschaftskrise 1966/67	132
2.4 Probleme der „Globalsteuerung“	132
3. Generelle Problembeschreibung	133
3.1 Ordnungspolitik und Prozeßpolitik	133
3.2 Neoliberalismus und statische makro- ökonomische Theorie	133
3.3 Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung	133
3.4 Kritik der Wirtschaftspolitik	134
4. Die wirtschaftlichen Ausgangsdaten	135
4.1 Der Wirtschaftskreislauf	135
4.2 Die Investitionen	136
4.3 Kritik am traditionellen Kapitalbegriff	136
4.4 Arbeiten mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	137
5. Liberalismus und Neoliberalismus in der Bundesrepublik Deutschland	140
5.1 Allgemeines	140
5.2 Neoliberalismus und „soziale Marktwirt- schaft“	140
5.3 Zum Ideologieproblem	141
5.4 Methoden der Wirtschaftssteuerung	141
5.5 Abgrenzung des Neoliberalismus	141
6. Keynesianismus und Neokeynesianismus in der Bundesrepublik Deutschland	142
6.1 Allgemeines	142
6.2 Exkurs: „Keynes“ versus „Friedman“	142
6.3 Exkurs: Theoretische Aspekte des Keyneschen Systems	143
6.4 Die Interpretation der Keynesianischen Wirtschaftstheorie bei Karl Schiller	143
7. Wirtschaftspolitische Maßnahmen 1967 – 1971	144
7.1 Allgemeines	144
7.2 Die wichtigsten Maßnahmen	144
8. Das Ende einer nationalen Wirtschafts- politik – die Entwicklung seit Herbst 1971	145
8.1 Allgemeines	145
8.2 Strukturelle Aspekte	145
8.3 Sozial-liberale Wirtschaftspolitik nach Schiller	147

1. Vorbemerkung

2. Schwerpunkte des Modells

2.1 Funktionsprinzipien der Wirtschaft

2.2 Etappen der Wirtschaftsentwicklung

1. Vorbemerkung

Das folgende Modell versucht nicht, eine umfassende und insbesondere theoretische Analyse der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung nach dem 2. Weltkrieg zu geben. Die Einbeziehung statistischen Materials einerseits und der Versuch, die herrschenden wirtschaftspolitischen Konzeptionen in der Bundesrepublik Deutschland (Ordoliberalismus versus Keynesianismus) kurz darzustellen, sind mehr als Anregungen für die eigene Arbeit im Unterricht denn als zwingend oder gar erschöpfend gedachter „Unterrichtsstoff“ zu betrachten. Deshalb sollte dieses Modell, je nach den Wünschen und Vorkenntnissen von Studenten und Dozenten, sehr flexibel gehandhabt werden; viele angedeutete oder auch (wegen Literaturmangels) ausführlicher behandelte Fragestellungen können ohne großen Verlust nur kurz gestreift oder ganz übergangen werden. Die folgenden Überlegungen bieten einige Hinweise zum Gebrauch des Modells und zu den Fragestellungen, die der Verfasser für besonders wichtig hält. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein und dieselbe Fragestellung ganz unterschiedlich angegangen werden kann; anstelle der im Modell besonders betonten ökonomisch-theoretischen und empirisch-statistischen Aspekte können häufig auch Analysen des politisch-sozialen Systems der Bundesrepublik Deutschland treten. So kann etwa der Machtwechsel von Erhard zu Schiller in politischer Perspektive gefaßt werden als Ablösung der Regierung von CDU/CSU durch die Große und später die sozial-liberale Koalition. Bei dieser Verallgemeinerung würde die ökonomische Entwicklung nur noch einen Teilaspekt neben vielen anderen bilden. Die Tatsache, daß in diesem Modell Hinweise zu interdisziplinärer und umfassender Analyse nicht systematisch entwickelt wurden, beruht nicht nur auf den Schwierigkeiten einer Integration einzelwissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern vor allem auch auf der Überzeugung des Verfassers, daß die ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg der entscheidendste Faktor in der Heranbildung und Ausprägung der westdeutschen Gesellschaft überhaupt war.

2. Schwerpunkte des Modells**2.1 Funktionsprinzipien der westdeutschen Wirtschaft**

Ausgangspunkt der Untersuchung sollte die Darlegung der wichtigsten Funktionsprinzipien der westdeutschen Wirtschaft sein; dabei sollen Gemeinsamkeiten mit anderen westeuropäischen Ländern wie auch Unterschiede sowie deren Bedeutung herausgearbeitet werden. Ganz global lassen sich dabei folgende Charakteristika feststellen:

2.1.1 Die Bundesrepublik Deutschland ist – wie die meisten westeuropäischen Länder – eine bürgerliche Demokratie mit Privateigentum einerseits und aktivem Eingriff des Staates in das Wirtschaftsleben andererseits. In einigen Bereichen übertrifft die staatliche Aktivität in ihrem Ausmaß die Staatstätigkeit vergleichbarer anderer Länder (z. B. Frankreich): Einnahmen- und Ausgabenanteil des Staates am Sozialprodukt sind vergleichsweise hoch (und zwar in der gesamten Nachkriegsperiode, also auch zur Zeit der CDU-Regierungen), es bestehen schon sehr lange (zum Teil seit der Bismarck-Zeit) ein ausgebautes Sozialleistungssystem und im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern umfangreiche (wenn auch faktisch nicht sehr bedeutsame) Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer. Auf der anderen Seite sind Verfahren der gesamtstaatlichen Planung und Prognose erst relativ spät (seit etwa 1965) entwickelt und angewandt worden. Auch in ihrem Ausmaß bleiben sie noch hinter der französischen Planifikation zurück.

2.1.2 Der Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft nach dem Kriege schuf in verschiedener Hinsicht eine besondere Situation, die manchmal übertrieben als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wurde. Dazu gehören: Aufbau einer modernen Technologie nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges, hohe Investitionsquote und dementsprechend Wachstumsrate, relativ geringe Manifestationen sozialer Konflikte (Streiks, Aussperrung usw.) und damit verbunden eine vergleichsweise niedrige Preissteigerungsrate. Dabei hat die neoliberale Wirtschaftskonzeption vor allem politisch-ideologische Bedeutung. Auch unter Erhard wurde ein Instrumentarium staatlicher Interventionen in den Wirtschaftsprozess geschaffen und in gewissem Maße angewendet → (5.4). Die Verbindung industriellen Wiederaufbaus auf kapitalistischer Basis mit steigenden Löhnen und sozialen Leistungen war in der Phase starken Wirtschaftswachstums durch Verteilung der hohen Zuwachsraten ein Mittel zur Vermeidung sozialer Konflikte und damit zur Erreichung hoher Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft.

2.2 Etappen der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung

Es lassen sich daher in erster grober Annäherung zwei grobe Etappen der Wirtschaftsentwicklung feststellen:

a. Die Wiederaufbauphase bis etwa 1965, die gekennzeichnet ist durch hohe Wachstumsrate, relative Geldwertstabilität und Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie einerseits, Einkommens-, Vermögens- und Unternehmenskonzentration andererseits.

b. Diese Entwicklung mußte folgerichtig sowohl in ökonomischer als auch in gesellschaftlicher und politi-

Vom Wirtschaftswunder zur Globalsteuerung

- 2.2 Etappen der Wirtschaftsentwicklung
- 2.3 Erfahrungen der Wirtschaftskrise
- 2.4 Probleme der „Globalsteuerung“

scher Hinsicht zu gefährlichen Störungen und Konflikten führen. War ein relativ lebhafter Wettbewerb – zusammen mit den außerordentlichen Investitionsanreizen durch Währungsreform, Marshallplan und staatliche Investitionsförderung – die Grundlage für die Aufwärtsentwicklung gewesen, so nahm die Bedeutung des Wettbewerbs durch zunehmende Konzentration, Monopolisierung, Marktabsprachen u. a. stetig ab. Die Abschwächung des Wettbewerbs wie auch die Verringerung profitabler Investitionschancen führten zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums und einer Steigerung der Inflationsrate. Zugleich nahm mit wachsendem Wohlstand die Wiederaufbaumentalität ab, und die Widersprüche und Ungleichheiten in der westdeutschen Gesellschaft wurden zunehmend offenkundig.

2.3 Erfahrungen der Wirtschaftskrise 1966/67

Dieser unter 2.2 geschilderte Prozeß wurde nachhaltig gefördert durch die Erfahrungen der Wirtschaftskrise 1966/67, welche die Ideologie und die Politik des Neoliberalismus – insbesondere die bis dahin verbreitete Auffassung von einer kontinuierlichen, stabilen, krisenfreien Wirtschaftsentwicklung im Bewußtsein der Öffentlichkeit nachhaltig widerlegten. Kurzarbeit, Entlassungen und Arbeitslosigkeit führten zu einer Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft, und auch bei Unternehmern wurde angesichts sinkender Gewinnchancen, Investitions- und Wachstumsraten ein Meinungsumschwung deutlich: An die Stelle alt- und neoliberaler Überzeugungen trat zunehmend die Forderung nach staatlichem Eingreifen im keynesianischen Sinne, d. h. nach Stabilisierung der Profite durch staatliche Zusatzaufträge.

2.4 Probleme der „Globalsteuerung“

Bei der Überwindung der Krise von 1966/67 zeigte sich die auf keynesianischen Vorstellungen basierende, vom sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller propagierte „Globalsteuerung“ relativ erfolgreich. Diese wirtschaftlichen Erfolge waren von großer Bedeutung für die Ablösung der zwanzigjährigen CDU-Regierung durch die SPD-FDP-Koalition im Gefolge der Bundestagswahl 1969.

Die Problematik dieser keynesianisch orientierten Wirtschaftspolitik ist inzwischen aber offenkundig geworden. Obwohl auch andere Faktoren mitentscheidend waren (z. B. die Preisentwicklung im EG-Raum, die internationale Währungskrise, politische Widerstände der Unternehmerschaft gegen die sozial-liberale Koalition u. a. m.), werden – vor allem im Bewußtsein der Öffentlichkeit – folgende Umstände der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik zugeschrieben: die immer noch hohe Preissteigerungsrate von derzeit etwa 6,5 %, die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf (real) 3 bis 4 %, die ungünstige Ertragslage in vielen Industrien (z. B. Maschinen- und Textilindustrie) und die nur wenig über der Preissteigerungsrate liegende Zunahme der Löhne und Gehälter. Im einzelnen → (8.)

Wie im folgenden genauer erläutert wird, lassen sich über die zukünftige Entwicklung kaum Vorhersagen machen. Die Chancen der sozial-liberalen Koalition auf Behauptung der Bundestagsmehrheit über die Legislaturperiode 1972–76 hinaus werden wesentlich durch diese ökonomische Entwicklung und dabei insbesondere

durch die Entwicklung der Arbeitsmarktlage und des Preisniveaus bestimmt werden. Daneben gewinnt die Versorgung mit öffentlichen und kollektiven Gütern – wie Bildung, Verkehrsmöglichkeiten und Umweltschutz – zunehmende politische und ökonomische Bedeutung.

3. Generelle Problembeschreibung

Die Behandlung dieses Problemkreises im Deutschlandkundeunterricht setzt die Integration – oder mindestens die Nebeneinanderstellung – verschiedener Teilbereiche der Wirtschaftswissenschaft einerseits und verschiedener Wissenschaften (wie Industriesoziologie, Wirtschaftsgeographie und politische Wissenschaften) andererseits voraus.

Obwohl die Fragestellung von den Wirtschaftswissenschaften her angegangen werden sollte, ist eine Beschränkung auf rein ökonomische Daten und Analysen weder sinnvoll noch möglich. Betrachtet man z. B. die Rezession 1966/67 als entscheidenden Wendepunkt der westdeutschen Wirtschaftspolitik, so ergibt sich schon für die Untersuchung dieser Krise die Notwendigkeit, auf die Ergebnisse und Untersuchungen anderer Wissensbereiche zurückzugreifen: Die Verschärfung der konjunkturellen Krise durch die gleichzeitige Strukturkrise des Bergbaus im Ruhrgebiet erfordert eine Darstellung der wichtigsten wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten der Bundesrepublik und namentlich des Ruhrgebiets → (Strukturkrise im Ruhrgebiet – gibt es ein Rezept für das Ruhrgebiet?).

Der damit verbundene Regierungswechsel (Große Koalition) muß anhand einer Untersuchung des deutschen Regierungs- und Parteiensystems behandelt werden → (Die Bundestagswahl 1969); weiter werden soziologische Fragestellungen, wie z. B. die Einstellung der Arbeiter zur Kurzarbeit, Entlassung, Umschulung und Wohnortwechsel, für die Untersuchungen relevant. Je nach Intensität der Untersuchung müssen auch historische und sozialmedizinische Aspekte mitberücksichtigt werden. Dabei ist dieser Katalog keineswegs erschöpfend.

Der zu untersuchende Fragenkreis ist im wesentlichen makroökonomischer Art, d. h. Fragen der Wirtschaftsstruktur (einzelne Branchen, Infrastruktur usw.) stehen im Hintergrund. Zentral dagegen sind die großen volkswirtschaftlichen Aggregate, wie Konsum, Staatsausgaben, Investitionen, Sozialprodukte, Preisniveau u. a. m. Dementsprechend muß als methodische und terminologische Vorbereitung eine Einführung in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gegeben werden.

3.1 Ordnungspolitik und Prozeßpolitik

Nach dieser Vorbereitung kann erst auf die Wirtschaftspolitik speziell eingegangen werden. Sieht man zunächst bei der Untersuchung von der staatlichen Struktur- und Infrastrukturpolitik ab, so verbleiben zwei Hauptaspekte der staatlichen Wirtschaftspolitik: der ordnungspolitische Aspekt, der die möglichen Maßnahmen des Staates an ihrer erwarteten Wirkung auf die Ordnung der Wirtschaft mißt, und der prozeßpolitische Aspekt, der die Effizienz staatlicher Maßnahmen im Rahmen einer (idealtypisch) gegebenen Wirtschaftsordnung bzw. innerhalb eines ordnungspolitischen Leitbildes untersucht. Beide Aspekte sind für die Untersuchung der Veränderungen in der deutschen Wirtschaftspolitik wesentlich, und sie sind – wie sich bei der Untersuchung zeigen wird – nicht unabhängig voneinander zu betrachten.

Staatliche Wirtschaftspolitik als Ordnungspolitik setzt eine Entscheidungsbildung der politischen Instanz über

die anzustrebende oder zu erhaltende Wirtschaftsordnung voraus. Je genauer eine solche Ordnung festgelegt ist, desto kleiner wird der Raum für die staatliche Prozeßpolitik, weil sich die Wahrscheinlichkeit für einen Widerspruch zwischen staatlichen Maßnahmen und den gesetzten Normen der Wirtschaftsordnung erhöht. Die Fixierung auf ordnungspolitische Leitbilder hat deshalb die Tendenz zu staatlicher Inaktivität, zum Verzicht auf prozeßpolitische Maßnahmen zur Folge. Die mangelnde Aktivität des Kabinetts Erhard ist sicherlich zum großen Teil auf die Betonung des neoliberalen Ordnungsgedankens („Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft“) gegenüber den prozeßpolitischen Zielen der Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wachstum (sog. „magisches Viereck“) zurückzuführen.

3.1.1 Die Überwindung der Wirtschaftskrise 1966/67 durch die Prozeßpolitik des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Schiller und des CSU-Finanzministers Strauß in der Großen Koalition führte dann zu einer Neuorientierung der Leitvorstellungen der Träger der Wirtschaftspolitik, die auch nicht ohne Einfluß auf die ordnungspolitischen Vorstellungen blieb. Einerseits durch Schaffung eines neuen wirtschaftspolitischen Instrumentariums (konzertierte Aktion, mittelfristige Finanzplanung, Stabilitätsgesetz) sowie durch konsequentere Anwendung der schon zuvor bestehenden Instrumente der Globalsteuerung (Fiskalpolitik, Geld- und Kreditpolitik) und andererseits durch weitere Definition des Ordnungsrahmens der sozialen Marktwirtschaft wurde nun das Schwergewicht auf die Prozeßpolitik gelegt, die im wesentlichen von den keynesianischen Vorstellungen geprägt ist. Dementsprechend wurde die neoliberale, ordnungspolitisch bestimmte Wirtschaftspolitik, wie sie Eucken, Müller-Armack und Erhard (neben vielen anderen) vertraten, in den Hintergrund gedrängt.

3.2 Neoliberalismus und statische makroökonomische Theorie

Daraus ergeben sich die nächsten beiden Lernschritte für den Unterricht: die Darstellung der Grundgedanken der neoliberalen Schule, insbesondere Euckens, und deren Kritik und die Einführung in die Grundzüge der statischen makroökonomischen Theorie, die der neuen Prozeßpolitik zugrunde liegt. Bei eingehender Behandlung des Problemkreises kann daran eine Untersuchung der Konzentration und der Wettbewerbspolitik in der Bundesrepublik angeschlossen werden; dabei ist besonders eine Analyse der wettbewerbspolitischen Leitvorstellungen und deren möglicher Veränderungen durch die „neue“ Wirtschaftspolitik durchzuführen.

3.3 Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung

Nach Klärung der zugrunde liegenden theoretischen Vorstellungen, die schon durch Beispiele aus der Wirtschaftspolitik konkretisiert und veranschaulicht werden sollen, ist schließlich als vierter Lernschritt eine zusammenhängende und zusammenfassende Darstellung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung und ihrer Auswirkungen zu geben. Jetzt sollte der Stu-

3.3 Wirtschaftspolitische Maßnahmen

3.4 Kritik der Wirtschaftspolitik

dent in der Lage sein, Wirkungen und Nebenwirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen qualitativ abzuschätzen. Dabei sollten im Unterricht auch die „außerökonomischen“ Veränderungen im Zusammenhang mit der veränderten Wirtschaftspolitik, so z. B. die Veränderungen in der Wählerstruktur → (Die Bundestagswahl 1969), die Veränderungen demographischer Daten (wie regionale Verteilung der Erwerbsbevölkerung) und auch die politischen Auswirkungen untersucht werden.

3.4 Kritik der Wirtschaftspolitik

Der fünfte Lernschritt sollte der Kritik der Wirtschaftspolitik und der Prognose über die zukünftige Entwicklung in der Bundesrepublik gewidmet sein. Hinsichtlich der kritischen Würdigung der „neuen“ Wirtschaftspolitik ergeben sich drei größere Komplexe, und zwar

3.4.1 „technokratische Kritik“: Die zeitliche Abfolge wirtschaftlicher Maßnahmen (das „Timing“), die Auswahl und die Dosierung der einzelnen Maßnahmen werden als falsch beurteilt, während das Instrumentarium als prinzipiell ausreichend betrachtet wird

3.4.2 „transzendierende Kritik“: Es werden neue Maßnahmen und/oder die Abschaffung von bestehenden Instrumenten gefordert, so z. B. die Forderung nach flexiblen Wechselkursen, die Verlagerung von der Fiskal- auf die Geldpolitik (nach den Vorstellungen des amerikanischen Ökonomen Milton Friedman), die Verlagerung von globalen zu struktur- und infrastrukturpolitischen Maßnahmen, und

3.4.3 die (neo-)marxistische Kritik an der Wirtschaftspolitik der Großen und der SPD/FDP-Koalition, die darin eine Unterstützung der monopolistischen Bewegung in der Bundesrepublik und den Versuch der Disziplinierung der Arbeiterschaft erblickt. Ein Beispiel für eine (neo-)marxistische Analyse der Bundesrepublik Deutschland gibt das folgende Buch, das in der Reihe „Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht“ als Band 18 erschienen ist: ○ [CONERT, H.: *Politische Ökonomie der Bundesrepublik*, Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt 1972].

Dieser Band kann zur Ergänzung im Unterricht verwendet werden. Allerdings werden wichtige Fragen durch die Beschränkung auf marxistisch orientierte Fragestellungen und Interpretationen ausgeklammert bzw. nicht immer adäquat behandelt. Auch die verarbeitete Literatur und die angegebenen Literaturhinweise sind recht ergänzungsbedürftig.

3.4.4 Als Konsequenz der neuesten Entwicklungen im internationalen System sind dabei vor allem folgende Problemkreise zu berücksichtigen:

- die Krise des internationalen Währungs- und Welthandelssystems mit ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland (Aufwertung, freie Wechselkurse usw.)
- damit verbunden die neuesten Entwicklungen in der EG
- die Grenzen der „neuen“ Wirtschaftspolitik (z. B. Beschränkungen der Möglichkeiten nationaler Wirtschafts-

politik, Probleme der säkularen Inflation, Konzentration und Monopolisierung in verschiedenen Sektoren, wie z. B. im Zeitungs- und Verlagswesen).

Gerade bei diesen Problemen ist die Interdependenz zwischen den Subsystemen „Wirtschaft“ und „Politik“ im Unterricht herauszuarbeiten, etwa anhand von Meldungen in Zeitungen und Zeitschriften. Als Beispiel dafür seien die währungspolitischen Interessengegensätze, z. B. zwischen Frankreich und den USA, angeführt.

4. Die wirtschaftlichen Ausgangsdaten

○ [Zur Vorbereitung auf die erste Lerneinheit kann folgende Literatur angegeben werden:
Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Abschnitt „Erläuterung von Begriffen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ (dieser Abschnitt umfaßt Erläuterungen der wichtigsten Termini und ist nahezu unverändert in allen Sachverständigenutachten als Vorspann zum statistischen Anhang enthalten). Bonn: Heger Verlag alljährlich, SAUERMAN, H.: *Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Band 1*, Wiesbaden: Gabler Verlag, 2. Aufl. 1965, S. 32–35; S. 117–158.
HÄUSER, K.: *Volkswirtschaftslehre (Funk-Kolleg Band 2)*, Frankfurt (Main)/Hamburg: S. Fischer Verlag 1969 (= *Fischer Bücherei, Bd. 853*), S. 205–227].

4.1 Der Wirtschaftskreislauf

Eine brauchbare und interessante Zusammenfassung der konjunkturellen Entwicklung seit 1967 aus der Sicht der Unternehmer und einen pädagogisch anregenden Vergleich von prognostizierten und tatsächlichen Größen gibt das Heft ○ [Der Konjunkturzyklus 1967/71 im Lichte der Prognosen und Zielprojektionen, *Berichte des Deutschen Industrie-Instituts zur Wirtschaftspolitik, Jg. 6 (W), Nr. 5, 1972* (auf Anfrage bei der Deutschen Industrie-Verlags GmbH, 5 Köln 51, Postfach 510 670, kostenlos erhältlich für Lehrzwecke)].

Für die Zwecke der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung faßt man häufig die einzelnen Wirtschaftseinheiten zu 4 großen Gruppen (Sektoren) zusammen, und zwar – die Unternehmen, d. h. alle Personen und Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen. Dazu gehören neben den Industriebetrieben, den Versicherungen und dem Handel auch die öffentlichen Unternehmen (Post, Bahn usw.) sowie die landwirtschaftlichen Betriebe und die Handwerksbetriebe, die Vermietung und die Eigennutzung von Wohnungen und die freien Berufe. Innerhalb des Unternehmensbereiches unterscheidet man meist folgende Sektoren: Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Energiewirtschaft, verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und Verkehr, Dienstleistungen (Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungsvermietung einschl. Eigennutzung, Dienstleistungsunternehmen, freie Berufe).

- die privaten Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter (Kirchen, Partelen, Gewerkschaften, Vereine usw.)
- der Staat (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Sozialversicherung), soweit er hoheitliche Aufgaben erfüllt, d. h. Leistungen überwiegend ohne spezielles Entgelt „verkauft“.
- das Ausland.

Zwischen diesen zusammengefaßten (aggregierten) Sektoren und innerhalb der Sektoren finden Transaktionen, d. h. Übertragungen von Gütern, Dienstleistungen, Rechten einerseits und Geld und Geldforderungen andererseits statt. Wir betrachten keine Transaktionen innerhalb der Sektoren (z. B. Umsätze zwischen zwei Unternehmen), sondern nur zwischen den Sektoren.

Die Summe der Endprodukte und Dienstleistungen aller Sektoren bildet, grob gesprochen, das Sozialprodukt.

Dieses kann unter drei Aspekten betrachtet und errechnet werden:

- a. das Sozialprodukt von der Entstehungsseite (Aufkommenseite) als Summe der Endprodukte und Dienstleistungen aller Sektoren, bewertet zu Marktpreisen
- b. das Sozialprodukt von der Verwendungsseite als Summe des privaten Verbrauchs (der Haushalte), des Staatsverbrauchs, der Investitionen und des Außenbeitrags (= Ausfuhr – Einfuhr)
- c. das Sozialprodukt von der Verteilungsseite, auch als Volkseinkommen bezeichnet, als Summe der Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter) und der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Gewinne, Zinsen, Dividenden, Mieten und Pachten).

Dabei gelten folgende Definitionen:

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen
(= Summe der Produktionswerte der einzelnen Sektoren, im wesentlichen deren Umsätze, abzüglich Summe der Vorleistungen (Materialeinsatz usw.)

- + Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus dem Ausland für Inländer
- Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus dem Inland an Ausland

= **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen** (= Bruttoinländerprodukt)

- Abschreibung (= Wert des Kapitalverschleißes im laufenden Jahr = Ersatzinvestitionen)

= **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**

- indirekte Steuern (= Kostensteuern, = Steuern, die bei der Gewinnermittlung als Kosten absetzbar sind, z. B. die Mehrwertsteuer)
- + Subventionen (= Zahlungen des Staates an Unternehmungen ohne Gegenleistung)

= **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen** = Summe der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (= Vorteile und unverteilte Gewinne, Zinsen, Mieten, Pachten) und Summe der Einkommen aus unselbständiger Arbeit (= Löhne und Gehälter)

Das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen** ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus privatem Verbrauch (= Konsum), Staatsverbrauch, Investitionen und Außenbeitrag.

Vom **Volkseinkommen** (= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) errechnet man das persönlich verfügbare Einkommen auf folgende Weise:

Volkseinkommen

- direkte Steuern (insbesondere Einkommensteuer, Lohnsteuer und Körperschaftsteuer und Sozialversicherungsbeiträge)
- + Transferzahlungen (Zahlungen des Staates an Haushalte ohne spezielle Gegenleistung, insbesondere Renten, Pensionen, Unterstützungen, ferner Zahlungen des Auslandes an private Haushalte)

= **Privat verfügbares Einkommen**

- unverteilte Gewinne (nach Abzug der direkten Steuern)

= **Persönlich verfügbares Einkommen der Haushalte**

- Privater Verbrauch (Käufe von Konsumgütern)

= **Private Ersparnis** (der Haushalte)

Damit haben wir nur einige der wichtigsten Begriffe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und auch diese nur sehr grob bestimmt. Auf statistische Probleme der Ermittlung und der Zurechnung bestimmter Sozialproduktkomponenten wollen wir hier ganz verzichten, so wichtig diese Probleme auch für den Statistiker sind.

4.2 Die Investitionen

Neben den Konsumgütern, die vor allen Dingen für den privaten Verbrauch der Haushalte bestimmt sind, bilden die Investitionsgüter, genauer die Investitionen, die zweite wichtige Komponente des Sozialprodukts. Sie unterscheiden sich von den Konsumgütern im wesentlichen dadurch, daß sie nicht in den Verfügungsbereich der Haushalte gelangen und von diesen entweder verbraucht werden (z. B. Lebensmittel) oder gebraucht werden (Kleidung, Wohnungseinrichtung, Kraftfahrzeug usw.), sondern im Bereich der Unternehmungen verbleiben und dort als Voraussetzung für die Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen dienen.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung unterscheidet zwischen Bauinvestitionen (Gebäude aller Art, Verkehrswege u. ä.), Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen, Fahrzeuge usw.), die beide zusammen als Anlageinvestitionen zusammengefaßt werden; als dritte Komponente kommt der Wert der Veränderung der Lagerbestände (Vorratsveränderung, Lagerinvestitionen), also die Differenz zwischen Wert der Lagerbestände zu Beginn und zu Ende eines Wirtschaftsjahres, hinzu.

Den Wert aller vorhandenen Güter dieser Art (also nicht nur der in einem Jahr neu erzeugten Güter, die wir als Investitionsgüter bezeichnet haben) bezeichnet man als den volkswirtschaftlichen Kapitalbestand oder kurz als das sog. (Real-)Kapital der Volkswirtschaft. Durch Verwendung im Produktionsprozeß, aber auch durch Zerstörung und durch technischen Fortschritt werden Teile des volkswirtschaftlichen Kapitalbestandes aufgebraucht oder zumindest im Wert gemindert. Diesen Wertverschleiß bezeichnet man als Abschreibungen.

Denjenigen Teil der Investitionen, der dazu dient, diesen Wertverschleiß wieder auszugleichen und das volkswirtschaftliche Kapital auf seinem bisherigen Stand zu halten, bezeichnet man als Ersatzinvestitionen. Es gilt also die Identität: Abschreibungen = Ersatzinvestitionen.

Für eine wachsende Wirtschaft, d. h. eine Wirtschaft, deren Sozialprodukt im Zeitablauf zunimmt, ist es unbedingt erforderlich, daß die Investitionen größer sind als der durch die Abschreibungen bedingte Ersatzbedarf. Diesen Überschuß der Gesamtinvestitionen über die Ersatzinvestitionen hinaus bezeichnet man als Nettoinvestitionen. Somit gilt die Definitionsgleichung:

Investitionen = Nettoinvestitionen + Ersatzinvestitionen.

Da nur die Nettoinvestitionen zu einer Erhöhung des volkswirtschaftlichen Kapitalbestandes führen, sind sie für die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungskraft und damit für das wirtschaftliche Wachstum von entscheidender Bedeutung.

4.3 Exkurs: Kritik am traditionellen Kapitalbegriff

Der hier skizzierte Kapital- und Investitionsbegriff ist in neuerer Zeit erheblicher Kritik unterzogen worden. Wenn der Kapitalbestand ein Maß der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Nettoinvestitionen ein Ausdruck für den Zuwachs an Leistungsvermögen sein sollen, so erscheint der hier gebrauchte materielle Kapitalbegriff zu eng.

Für die Leistungsfähigkeit in immer größerem Maße mitentscheidend ist nach Ansicht der Kritiker das immaterielle Kapital, das z. B. durch einen bestimmten Bil-

dungs- und Ausbildungsgrad der Bevölkerung, durch Fähigkeiten, Erfahrungen, organisatorische Regelungen u. a. m., bestimmt wird.

So hängt z. B. der Wert einer Firma nicht nur von den Anlagen und Vorräten ab, sondern ebenso von den gewonnenen Erfahrungen, dem geschaffenen Kundenkreis, von der Qualität der Belegschaft und ähnlichen, nicht ohne weiteres in Geld ausdrückbaren Umständen ab. In diesem Zusammenhang spricht man oft vom Organisationskapital einer Unternehmung.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene versucht man die durch einen bestimmten Bildungs- und Ausbildungsstand der Erwerbsbevölkerung gegebene Leistungsfähigkeit mit Begriffen wie „Bildungskapital“, „Humankapital“ (human capital) zu erfassen und zu messen. So ist beispielsweise die westdeutsche Bildungsreform sehr stark von dem Gedanken bestimmt, daß Bildungsausgaben als Bildungsinvestitionen aufzufassen seien.

Weiter neigt man heute gerade auch in Deutschland dazu, den Investitionsaspekt vieler staatlicher Maßnahmen zu betonen, während früher die Staatstätigkeit mehr als meist unproduktiver Staatsverbrauch betrachtet wurde.

○ [Weiterführende Literatur: JOCHIMSEN, R.: *Theorie der Infrastruktur. Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung*, Tübingen: J. C. B. Mohr 1966; STOLZE, D.: *Perspektive 1980. Deutschland — Industriestaat ohne Zukunft?*, Hamburg: Wegner 1967.]

Hier ergeben sich Überschneidungen vor allem mit den Gebieten Soziologie und Politik. Die Behandlung dieser Fragestellung kann auch auf (8.2) verschoben werden. Ein weiterer Ansatzpunkt zur Kritik der traditionellen Ideologie des materiellen Wachstums bietet die moderne ökologische Diskussion [dazu siehe z. B.: MEADOWS, D.: *Die Grenzen des Wachstums*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1972; PESTEL, E., MESAROVITCH, M.: *Menschheit am Wendepunkt. Zweiter Bericht an den Club of Rome zur Weltlage*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1974.]

4.4 Arbeiten mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Im folgenden sind einige Statistiken aus dem Sachverständigengutachten 1972/73 wiedergegeben.

4.4.1 Abb. 1 (Seite 150/51) zeigt die Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt (Entstehungsseite), und zwar zunächst in laufenden Preisen. Für den Zeitraum 1960–1969 ergibt sich eine Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts von rd. 303 Mrd. DM auf rd. 603 Mrd. DM; für 1970 wird das Bruttoinlandsprodukt auf 678,6 Mrd. DM geschätzt (Sachverständigengutachten, Tab. 19). Das entspricht einer durchschnittlichen nominalen Wachstumsrate von etwa 8 %.

Will man dagegen die reale Entwicklung untersuchen, so empfiehlt es sich, Preisveränderungen dadurch auszuschließen, daß man in festen Preisen eines bestimmten Bezugsjahres (hier 1962) rechnet. In Preisen von 1962 erhalten wir dagegen nur eine Zunahme von ca. 329 Mrd. (1960) auf rd. 499 Mrd. (1969); das entspricht einer Wachstumsrate (real) von etwa 4 %. Während in laufenden Preisen das Bruttoinlandsprodukt 1967 noch

schwach zugenommen hat (um etwa 0,8 %), ist es real um ca. 0,3 % zurückgegangen.

Die Tabelle zeigt auch die unterschiedlichen Zuwachsraten der einzelnen Sektoren und auch deren unterschiedliche Preisentwicklung (z. B. hat der Beitrag des Baugewerbes sich nominal mehr als verdoppelt, ist jedoch real nur um knapp 50 % gestiegen, was auf starke Preissteigerungen hinweist). Die Anteile der einzelnen Sektoren haben sich verändert: So ist der Anteil der Landwirtschaft trotz absoluter Zunahme sowohl in laufenden als auch in festen Preisen stark zurückgegangen.

4.4.2 Abb. 2 (Seite 152/53) zeigt die Entwicklung der wichtigsten Sozialproduktgrößen, und zwar zunächst in laufenden und sodann in festen Preisen. Interessant ist hierbei etwa, daß die Abschreibungen schneller gewachsen sind als das Bruttosozialprodukt. Dies hängt mit der veränderten Zusammensetzung des volkswirtschaftlichen Kapitalbestandes zusammen. Es wäre hier oder besser in (8.2) zu diskutieren, ob die These, daß dafür der abnehmende Anteil von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen (wie Versorgungsbetriebe) mit geringen Abschreibungsquoten verantwortlich ist, wirklich zutrifft.

4.4.3 Abb. 3 (Seite 154) zeigt die Aufteilung des Volkseinkommens in die beiden Hauptkomponenten: Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Hier zeigt sich der mittelfristige Trend (1960–1969), daß die Einkommen aus unselbständiger Arbeit schneller zugenommen haben als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Berücksichtigt man allerdings die gleichzeitige Zunahme der abhängig Beschäftigten, so ergibt sich ein leichter Rückgang in der Lohnquote je Beschäftigtem bis 1969 und seitdem ein leichtes Ansteigen (Tabelle 38, Jahresgutachten 1972/73).

4.4.4 Dieser etwas komplizierte Sachverhalt sollte nochmals anhand der Tabelle 4 untersucht werden. Tab. 4 (Seite 155) unterscheidet 3 Lohnquotenbegriffe: Erstens die „tatsächliche Lohnquote“ als Anteil der Bruttoeinnahmen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen (= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, vgl. Definitionen 4.1). Diese tatsächliche Lohnquote ist nur ein sehr ungenauer Indikator der Einkommensverteilung, und zwar vor allem aus folgenden 3 Gründen:

4.4.4.1 Der zunehmende Anteil der abhängig Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung wird nicht berücksichtigt (d. h. immer mehr abhängig Beschäftigte müssen sich in die gesamte Lohnsumme „teilen“). Wäre z. B. die Zunahme der abhängig Beschäftigten prozentual größer als die Steigerung der Lohnquote bei konstantem Volkseinkommen, so würden – trotz steigender Lohnquote – die Durchschnittslöhne sogar absolut sinken.

4.4.4.2 Das Verhältnis zwischen Bruttoeinkommen und Nettoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit (d. i. praktisch das nach Abzügen für Steuer, Sozialversicherung u. dgl. noch verfügbare Einkommen) wird immer ungünstiger (vgl. dazu Abb. 3, Spalten 2 und 3). 1960 betrug es noch ca. 143:107,5, also rd. 1,335, während es 1969 auf ca. 299:210, also rd. 1,42 gestiegen war. Das bedeutet:

4.4 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Die Nettoeinkommen steigen wesentlich langsamer als die Bruttoeinkommen, der Anteil der Abzüge nimmt zu. Diesen Tatbestand versuchen die deutschen Gewerkschaften in ihre Tarif-(und damit prinzipiell Brutto-)Lohnforderungen mit einzukalkulieren. Vgl. dazu auch die DGB-Zielprojektion in Tab. 4 a.

4.4.4.3 Verschiebungen des Preisgefüges werden nicht berücksichtigt. Gerade aber diejenigen Güter und insbesondere Dienstleistungen, welche die Haushalte kaufen bzw. in Anspruch nehmen, zeigen eine besonders starke Preissteigerungstendenz (Mieten, verschiedene Nahrungs- und Genußmittel). Auch die beiden anderen Lohnquoten berücksichtigen derartige Veränderungen der Preisstruktur nicht. Diesem Problem versucht man durch die Berechnung sog. Kaufkraftparitäten zu begegnen, wobei für den jeweils typischen „Warenkorb“ ein Preisindex berechnet wird, z. B. der „Preisindex für die Lebenshaltung einer 4köpfigen Arbeitnehmerfamilie mit durchschnittlichem Lohneinkommen“. Auf diese Probleme können wir im Rahmen dieses Modells leider nicht im Detail eingehen.

4.4.5 b. Der zweite Begriff der „Lohnquote bei konstant gehaltener Einkommensrelation“ berücksichtigt den oben unter → (4.4.4.1) genannten Einwand in der Weise, daß diese Einkommensrelation des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit je unselbständig Beschäftigten zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen konstant gehalten wird. Deshalb wächst diese Lohnquote langsamer als die „tatsächliche Lohnquote“.

4.4.6 Am besten wird jedoch die Tatsache des zunehmenden Anteils der abhängig Beschäftigten an der gesamten Erwerbsbevölkerung veranschaulicht durch die „Lohnquote bei konstant gehaltener Beschäftigtenstruktur“, in der die „tatsächliche Lohnquote“ korrigiert wird um die Zunahme der abhängig Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung seit 1960. Zur Erklärung der Berechnung: Wäre die „tatsächliche Lohnquote“ seit 1960 konstant geblieben und hätte sich der Anteil der abhängig Beschäftigten seitdem um 10 % erhöht, so wäre diese Lohnquote um 10 % gesunken. Insgesamt zeigt diese korrigierte Lohnquote, wie bereits unter → (4.4.3) bemerkt, eine eher fallende Tendenz, die allerdings in den Jahren 1970/71 unterbrochen wurde. Betrachtet man nun die „Zielprojektion“ des DGB, d. h. die von den Gewerkschaften durch ihre (Tarif-)Lohnpolitik angestrebte Änderung der Einkommensverteilung, so zeigt sich der eben besprochene Tatbestand noch einmal anschaulich im Vergleich der jeweils 3 projizierten Größen: Eine Steigerung der tatsächlichen Lohnquote von 1969–75 um 7,1 % würde die Lohnquote bei konstant gehaltener Beschäftigtenstruktur nur um 4,6 % und bei konstant gehaltener Einkommensrelation sogar nur um 1,9 % steigen lassen. Darüber hinaus ist es langfristig fraglich, ob diese projizierten Werte realisiert werden können. Nun, im konjunkturell günstigen Jahr 1970 mit kräftigen Lohnsteigerungen wurden anstelle von projizierten 67,2 % doch immerhin 67,0 % tatsächliche Lohnquote erzielt. Der starke Widerstand der Arbeitgeber gegen größere Lohnerhöhungen brachte im Jahre 1971 freilich eine Abschwächung dieser Tendenz. Betrachtet man etwa die Lohn-

verhandlungen in der Metallindustrie vom Herbst 1971, so würde eine Realisierung des Arbeitgeberangebotes von 4,5 % Lohnerhöhung (auf die gesamte Wirtschaft umgerechnet) eine Senkung der Lohnquote, ja sogar der Effektivverdienste um ca. 1,5 % bedeuten (bei einer Preissteigerungsrate von derzeit 6 %). Eine von den Gewerkschaften geforderte Lohnerhöhung um 11 % würde die Effektivverdienste nur um ca. 5 % und auch die Lohnquote nur geringfügig (um ca. 1,5 %) steigen lassen. Die vorhersehbare Einigung bei ca. 7 % wird die tatsächliche Lohnquote wie auch die Effektivverdienste praktisch konstant lassen (im Jahre 1972). Die konjunkturell bedingte Steigerung der Lohnquote 1969–71 kann also nicht unbedingt – wie von verschiedenen Seiten getan, vgl. etwa Jahresbericht der Deutschen Bundesbank 1970 – als Indikator für einen langfristigen Trend einer steigenden Lohnquote gewertet werden, besonders nicht im Hinblick auf den steigenden Anteil der abhängig Beschäftigten.

4.4.7 Diese Ausführungen sind nur als Hinweise für die Interpretation und Auswertung einfachen statistischen Materials im Unterricht gedacht. In ähnlicher Weise sollten andere Tabellen ausgewertet werden; aktuelles Material mit Erklärungen enthalten neben den dringend empfohlenen Sachverständigengutachten (Jahresgutachten und Sondergutachten) auch die – umsonst erhältlichen – Monatsberichte und Jahres-(Geschäfts-)Berichte der Deutschen Bundesbank sowie die DIW- und IFO-Mitteilungen. Einfachere Tabellen können auch den Studenten zur Interpretation gegeben werden; die Diskussion der für bestimmte quantitative Entwicklungen möglichen Ursachen bildet dabei einen wichtigen Bestandteil des Unterrichts. Für Vergleiche zwischen der deutschen Situation und der anderer europäischer Länder (z. B. Frankreich) eignen sich z. T. die statistischen Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Zu beziehen durch ○ [Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, 179 rue de la Loi]. Zur Anregung weiterer Arbeit mit statistischen Materialien werden im folgenden ohne nähere Erläuterungen noch einige wichtige Tabellen zur wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wiedergegeben. Die Behandlung dieses (und ähnlichen) Materials kann entweder zur Selbstarbeit der Studenten im 1. Lernschritt oder (und) als Anschauungsmaterial für die Lernschritte 4 und 5 verwendet werden. Für die Interpretation und Auswertung der Tabellen seien hier einige kurze Hinweise gegeben:

4.4.7.1 Abb. 5 (Seite 156/57) gibt die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Jahre 1971 (stat. Ergebnisse), 1972 (Schätzungen), 1973 (Prognose). Damit können u. a. folgende Aufgaben verbunden werden:

- a. Nachprüfung der Schätzung für 1972 anhand der statistischen Ergebnisse für 1972 im Sachverständigen-gutachten 1973/74 (erschieden im Dezember 1973) und entsprechend der Prognose für 1973 anhand der Schätzung für 1973 und der endgültigen Zahl für 1973 (Jahresgutachten 1974/75, erschienen September 1974, Abb. 5 a, Seite 158/59). Frage der Übereinstimmung, mögliche Gründe der Abweichung sind zu diskutieren.
- b. Wo zeigen sich langfristige Trends, wo ergeben sich

wesentliche Änderungen zum Vorjahr?

c. Beschaffung zusätzlichen Materials durch die Studenten; hierbei Zuverlässigkeit des Materials diskutieren (Quelle, mögliche Interessenlage, Grad der Aggregation, Erläuterungen).

d. Alternativen zu hier üblichen tabellarischen (Matrizen-)Darstellungen: Graphische Darstellungsformen, wie z. B. Funktionen (Kurven), Kreise, Säulen u. ä., räumliche Modelle, bildhafte Darstellungen (häufig im Wirtschaftsteil von Zeitungen) usw., möglichst mit konkreten (z. B. von den Studenten gesammelten) Beispielen. Diskussion der Vorzüge (Anschaulichkeit, Übersichtlichkeit) und Nachteile (Ungenauigkeit, beschränkte Anwendbarkeit, Umständlichkeit) der jeweiligen Darstellungsformen. →

○ [Dazu auch: NUTZINGER, H. G.: Artikel „Kreislauf“, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Vergleichende Enzyklopädie*, Bd. 3, Freiburg/Br.: Herder Verlag 1969, sowie WAGENFÜHR, R.: *Statistik leicht gemacht*, Köln: Bund-Verlag 1964, Kap. 1 + 2].

4.4.7.2 Abb. 6 (Seite 160) gibt eine Übersicht über die Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Dabei können etwa folgende Hypothesen aufgestellt, anhand der Tabelle (und evtl. weiteren Materials) überprüft und schließlich im Hinblick auf ihre vermuteten Ursachen und wahrscheinlichen Entwicklungen in der Zukunft interpretiert bzw. ausgewertet werden:

a. Der Sektor Landwirtschaft zeigt eine langfristig sinkende, das produzierende Gewerbe eine steigende Tendenz in ihren Anteilen an der Erwerbsbevölkerung. Wird diese Tendenz auch in Zukunft anhalten? Welche Gründe sprechen dafür und dagegen?

b. Die stärkste (relative) Expansion weist der Wirtschaftsbereich „Übrige Bereiche“ auf. Welche Sparten „verbergen“ sich darunter im einzelnen? Ist diese Ausdehnung mehr eine Folge der Ausdehnung bestehender oder der Etablierung neuer Sparten in diesem Sektor? Wird die Expansion in diesem Bereich sich in der Zukunft fortsetzen?

c. Der Anteil der abhängig Beschäftigten hat seit 1950 (68,4 %) bis 1969 (81,7 %) ständig zugenommen. Gilt diese Aussage auch für die einzelnen Bereiche? (Hinweis: Zur Bestimmung dieser Frage können die Prozentzahlen in den Spalten 4–11 nicht unmittelbar verwendet werden, statt dessen kommt es auf das Verhältnis der Prozentzahlen – also Sp. 4: Sp. 5: Sp. 6: Sp. 7 – an. Warum?) Weshalb ist die Entwicklung nicht gleichmäßig in den einzelnen Bereichen? Wird sich der Gesamttrend fortsetzen?

4.4.7.3 Abb. 7 (Seite 161) behandelt diese Fragestellung unter gesamtwirtschaftlichem (makroökonomischem) Aspekt. Es lassen sich ähnliche Fragen formulieren. Deshalb werden nur einige zusätzliche Hinweise gegeben:

a. In den Jahren 1967 bis 1968 hat sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer um etwa 18 % gegenüber 1966 verringert, die Anzahl der deutschen Arbeitnehmer ging dagegen nur um rd. 6 % (1967) bzw. 4 % (1968) zurück. Welche Faktoren bestimmten den Rückgang der absoluten Arbeitnehmerzahl, welche Gründe sind für die unterschiedliche Höhe des Rückgangs verantwortlich? Welche Funktion kommt daher offenbar den ausländischen Arbeitnehmern zu?

b. Die letzte Spalte der Tab. 7 weist eine jahres-

durchschnittliche Arbeitslosenquote von mehr als 0,5 % aus. Warum spricht man trotzdem in der Bundesrepublik Deutschland von „Überbeschäftigung“, und warum werden erst Arbeitslosenquoten von mehr als 2 % für bedenklich gehalten? Zur Beantwortung dieser Frage ist ein Vergleich mit französischen, englischen und US-amerikanischen Zahlen nützlich.

4.4.7.4 Als letztes Beispiel für die Interpretation von statistischen Angaben aus den Sachverständigengutachten (und anderen Publikationen ähnlichen Schwierigkeits- und Informationsgrades, wie z. B. die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank) ist auf der folgenden Seite eine Tabelle über die Entwicklung von Volkseinkommen und „Produktivität“ (d. h. des laufenden Bruttoinlandsprodukts = des im Inland erzeugten Bruttosozialprodukts, bezogen auf die im Inland Erwerbstätigen, berechnet in konstanten Preisen, hier: von 1962) wiedergegeben. Der Sinn eines derartigen „Produktivitätsmaßes“ besteht darin, festzustellen, welche Erhöhung der Löhne die Lohnkosten je Produkteinheit und damit – bei konstantem Staatsanteil am Volkseinkommen – die Profitquote am Volkseinkommen unverändert läßt. Bei einer Erhöhung des Lohnniveaus im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts bleiben die Lohnkosten je Produkteinheit konstant, es besteht also – von der Kostenseite her – kein Grund zur Preiserhöhung; gleichwohl können als Folge veränderter Marktbedingungen (Nachfrageveränderungen, Angebotsmonopole u. ä.) höhere Preise auftreten und durchgesetzt werden. Deswegen bietet das angeblich kosten- und preisniveauneutrale Konzept der „produktivitätsorientierten Lohnpolitik“ – d. h. einer Lohnpolitik, deren Wachstumsraten gleich denen der Produktivität sind – keine Gewähr für ein konstantes Preisniveau, worauf die Gewerkschaften immer wieder hinweisen.

Die Tab. 8 (Seite 162) zeigt, daß in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel die Löhne rascher gewachsen sind als die Produktivität (Ausnahme: 1967/68. Warum?). Als Folge des unternehmerischen Bestrebens, die gestiegenen Lohnkosten je Produktionseinheit auf die Preise zu wälzen (Lohn-Preis-Spirale) bzw. des gewerkschaftlichen Versuchs, die gestiegenen Preise und die damit gesunkene Kaufkraft in die Lohnentwicklung mit einzukalkulieren (Preis-Lohn-Spirale), hat sich das Preisniveau nach oben hin verändert, jedoch meist nicht in vollem Ausmaß. Welche Gründe könnten dafür ausschlaggebend gewesen sein? Zur Prüfung dieser Frage sollten die entsprechende Tabelle aus den Sachverständigengutachten (zur Preisentwicklung) und die erläuternden Bemerkungen im Text untersucht werden.

5. Liberalismus und Neoliberalismus

5.1 Allgemeines

5.2 „Soziale Marktwirtschaft“

5. Liberalismus und Neoliberalismus in der Bundesrepublik Deutschland

5.1 Allgemeines

Dieser zweite Lernschritt kann relativ kurz gehalten werden; er sollte sich weniger an theoretischen und dogmenhistorischen Begründungen als vielmehr an den aus populärer Literatur und laufenden Publikationen der fünfziger und sechziger Jahre ersichtlichen Einstellungen und Werthaltungen konzentrieren.

Zur ersten Einführung (Selbstdarstellung) in das neoliberale Denken genügen die Abschnitte 4–6 des Buches: ○ [STÖRIG, H. J.: *Wirtschaft. Ein Entscheidungsbereich. Ein Beitrag zur politischen Bildung, Frankfurt/M.: Verlag Moritz Diesterweg, und München: Verlag Oldenbourg, 3. Aufl. 1968.*]

Auch bei einer nur peripheren Behandlung des Neoliberalismus sollte der ideologische Aspekt neoliberaler Theorie und Politik für den Wiederaufbau des westdeutschen Wirtschaftssystems in die Diskussion miteinbezogen werden, z. B. anhand des Buches von ○ [ABENDROTH, W.: *Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik. Frankfurt/M. Stimme Verlag 1965 (Paperback-Buchreihe „antworten“, 12.)*] oder auch – etwas anspruchsvoller und deshalb vor allem für den Dozenten zu empfehlen – anhand einiger Abschnitte aus ○ [HOFMANN, W.: *Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfadens für Lehrende, Reinbek: Rowohlt Verlag 1969 (= rororo-aktuell 1149.)* Eine ausführliche Behandlung des Neoliberalismus ist indes nicht nur wegen seiner eminenten Bedeutung für das Nachkriegsdeutschland bis etwa zur Wirtschaftskrise 1966 angezeigt; darüber hinaus bietet diese Fragestellung ein ausgezeichnetes Beispiel für die Notwendigkeit interdisziplinärer Behandlung scheinbar „ökonomischer“ Fragestellungen. Dazu seien hier nur einige kurze Hinweise gegeben.

5.2 Neoliberalismus und „soziale Marktwirtschaft“

Der Neoliberalismus verstand sich als die gesamte Gesellschaft umspannendes, einheitliches Prinzip. Das „Denken in Ordnung“ ist besonders in der Euckenschen Variante des „Ordo-Liberalismus“ ein bestimmender Gedanke. Richtig wird hier die Interdependenz zwischen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung gesehen, dabei jedoch sowohl vom zugrunde liegenden Herrschaftssystem wie auch von der historischen Bedingtheit dieser „Ordnungen“ abstrahiert. Als Selbstdarstellung dieses Denkansatzes ist das Werk von ○ [EUCKEN, W. (Hrsg.), HENSEL, K. P. (Hrsg.): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen: Mohr Verlag, 4. Aufl. 1968.*] wohl am besten geeignet; vollkommen ausreichend ist auch die gekürzte Taschenbuchausgabe, in ○ [Rowohlt's Deutsche Enzyklopädie 81, Reinbek: Rowohlt Verlag 1967.] Im Unterricht sollte dabei insbesondere die Frage untersucht werden, ob und inwieweit die „konstituierenden“ und die „regulierenden“ Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung in der Praxis des deutschen Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg beachtet bzw. verwirklicht wurden.

Obwohl dieses Werk in großen Teilen den Anspruch auf „wissenschaftliche Untersuchung“ nicht mehr aufrechterhalten kann → (Deutschlandstudien I. kommen-

tierte Bibliographie), ist es sehr aufschlußreich zu sehen, wie die doch recht differenzierten Überlegungen Euckens in den gängigen Darstellungen (und Anwendungen) teilweise sehr erheblich vulgarisiert wurden. Während seine Frau in dem Bändchen ○ [EUCKEN-ERDSIECK, E.: *Die Ordnung, in der wir leben, Köln: Grotesche Verlagsbuchhandlung 1961.*] das Euckensche Werk eher popularisiert, gibt es eine Fülle von Büchern, Aufsätzen, Reden und Zeitschriftenartikeln, die vor allem zwischen 1950 und 1965 entstanden und teilweise unter ungerechtfertigter Berufung auf Eucken offene Interessenpolitik betrieben. Entscheidend dabei war die Verbindung neoliberalen Gedankenguts mit dem niemals hinreichend genau definierten und deswegen häufig als Schlagwort mißbrauchten Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“, dessen Unbestimmtheit selbst sein Schöpfer, Prof. Müller-Armack, im gleichnamigen Artikel, in ○ [Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart: Gustav Fischer Verlag und Göttingen: Vandenhoeck Ruprecht 1956–1968, 12 Bd.] zugibt. Der konkrete Inhalt dieses Begriffs hat je nach Interessenlage und auch im Zeitablauf eine unterschiedliche Interpretation erfahren. Die wohl wichtigste Bedeutungsverschiebung ist dabei im Hinblick auf die Wettbewerbspolitik erfolgt: während Eucken unbedingter Vertreter eines freien Wettbewerbs von möglichst vielen Anbietern war, werden – im Zusammenhang mit der Konzentrations- und Monopolisierungstendenz in der Bundesrepublik Deutschland ○ [ARNDT, H.: *Die Konzentration in der westdeutschen Wirtschaft (Politik in unserer Zeit 4), Pfullingen: Neske Verlag 1966. LENEL, H. O.: Ursachen der Konzentration. Unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse, Tübingen: Mohr Verlag, 2. Aufl. 1968. HUFFSCHMID, J.: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag 1968 (= edition suhrkamp 313.)] zunehmend Konzessionen an die Interessen der großen Unternehmen und Verbände gemacht, die Bekenntnisse zur Wettbewerbspolitik werden immer verbaler.*

Als Ergänzung und Illustration dazu empfiehlt sich die Lektüre von Aufsätzen und Reden aus dieser Zeit, wie sie z. B. der Sammelband ○ [ERHARD, L.: *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf/Wien: Econ Verlag/Frankfurt/M.: Knapp Verlag 1962.*] mit Aufsätzen und Reden des damaligen Wirtschaftsministers bringt. Auch das in vielen Auflagen verbreitete Buch ○ [ERHARD, L.: *Wohlstand für alle. Bearbeitet von W. Langer, Düsseldorf/Wien: Econ Verlag 1957.*] gibt einen guten Einblick in die „Ideologie“ der „Sozialen Marktwirtschaft“, in der sich persönliche Einschätzungen und Fehleinschätzungen der Realität mit der normativen Funktion der Sozialen Marktwirtschaft als Programmatik des (kapitalistischen, aber nicht so bezeichneten) Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verbinden.

Schließlich sollten die erheblichen Modifikationen der neoliberalen Wirtschaftspolitik und -programmatis, die bedingt waren durch spezifisch deutsche Erfahrungen (Rezession 1966/67, Große Koalition u. ä.) und durch internationale Krisen (Weltwährungskrise, generelle Inflationstendenzen trotz teilweise stagnierender Konjunktur), anhand eines neueren Werkes, wie z. B. ○ [POHLE, W.:

- 5.2 „Soziale Marktwirtschaft“
 5.3 Zum Ideologieproblem
 5.4 Methoden der Wirtschaftssteuerung

- 5.4 Methoden der Wirtschaftssteuerung
 5.5 Abgrenzung des Neoliberalismus

Das Programm der Wirtschaft. Marktwirtschaft als politische Chance, Stuttgart: Seewald-Verlag 1970.] diskutiert werden.

5.3 Zum Ideologieproblem

Läßt sich anhand der unter 5.2 entwickelten Fragestellung die Interdependenz von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft als methodisches Problem interdisziplinären Arbeitens entwickeln, so zeigt gleichzeitig die obige Diskussion die Notwendigkeit einer wissenschaftslogischen und wissenssoziologischen Klärung des Ideologieproblems. Dabei sollten anhand der neoliberalen Konzeptionen, insbesondere am Beispiel von Begriff und Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“, die verschiedenen Dimensionen von Ideologie entwickelt werden:

5.3.1 Ideologie im Sinne einer absichtlichen Täuschung, einer bewußten, interessenbedingten Verfälschung oder Verzerrung der Wirklichkeit (z. B. Monopolpraktiken unter Berufung auf „Soziale Marktwirtschaft“);

5.3.2 Ideologie im Sinne einer notwendig falschen, aber den Beteiligten nicht (hinreichend) bewußten Interpretation der Wirklichkeit als Mystifikation der Wirklichkeit (z. B. verbale Aufhebung des Begriffs „Kapitalismus“ im Begriff „Soziale Marktwirtschaft“);

5.3.3 Ideologie im Sinne einer gewollten, bewußten Wertsetzung, einer politisch-praktischen Programmatik, die mit anderen Ideologien konkurriert (z. B. Soziale Marktwirtschaft versus Gemeinwirtschaft);

5.3.4 Ideologie als logisches Korrelat der Unmöglichkeit objektiver Erkenntnis (Frage: Gibt es dennoch Kriterien für unterschiedliche Grade von „Objektivität“ oder „Wissenschaftlichkeit“? Bestimmt etwa der Erfolg einer Ideologie – oder Theorie – über ihren Wahrheitsgehalt?).
 ○ [Als Literaturhinweise zu dieser Fragestellung seien folgende Bücher bzw. Artikel empfohlen:
 Allgemein: LENK, K.: *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*, Neuwied/Berlin: Luchterhand Verlag, 5. Aufl. 1971.

In spezieller Anwendung auf die ökonomische Problematik:

ABENDROTH, W.: → (5.1).

HOFMANN, W.: → (5.1).

Ders.: *Die Ideologisierung der ökonomischen Theorie*, in: *Studium Generale* 23 (1970), S. 1189 ff. Ders.: *Wissenschaft und Ideologie*, in: *Universität, Ideologie, Gesellschaft, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 3. Aufl. 1969*, S. 49 ff.

MYRDAL, G.: *Objektivität in der Sozialforschung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag 1972 (= edition suhrkamp).

NUTZINGER, H. G.: *Ökonomie und Ideologie. Bemerkungen zur Rekonstruktion der Politischen Ökonomie*, in: *Mannheimer Berichte, Nr. 4, April 1972.*]

5.4 Methoden der Wirtschaftssteuerung

Orientiert man sich aber zu sehr an theoretischen oder pragmatisch-politischen Darstellungen des deutschen Neoliberalismus – die Betonung des sich selbst regulierenden Wettbewerbs und der weitgehenden Beschrän-

kung staatlicher Politik auf die Sicherung eben dieses Wettbewerbs –, so gerät man leicht in Gefahr, den Wechsel in der Wirtschaftspolitik von Erhard zu Schiller überzubewerten. Tatsächlich war die Notwendigkeit eines aktiv intervenierenden Eingreifens bereits in den beiden Jahrzehnten vor dem 2. Weltkrieg theoretisch (Keynes, Kalecki, Joan Robinson) und praktisch (z. B. im amerikanischen „New Deal“) anerkannt worden. Dieses theoretische Instrumentarium stand auch der deutschen Wirtschaftspolitik nach 1948 zur Verfügung: die Beeinflussung des Zinsniveaus (und damit des Investitionsumfangs mit bestimmten weitergehenden Konsequenzen für Preisniveau und Beschäftigung) durch die Maßnahmen der Geldpolitik und, wenn auch in geringerem Umfang als später, die Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern durch staatliche Zusatznachfrage, auch unter Inkaufnahme einer Staatsverschuldung (sog. deficit spending), also mit Mitteln der Fiskalpolitik. Im Zusammenhang mit Schillers Vorstellung einer „Globalsteuerung“ werden wir im nächsten Lernschritt die Möglichkeiten staatlicher Prozeßpolitik – d. h. der Beeinflussung des Wirtschaftsablaufs – genauer untersuchen.

5.5 Abgrenzung des Neoliberalismus

Zur abschließenden Charakterisierung und Diskussion des deutschen Neoliberalismus in Theorie und Praxis empfiehlt sich der Versuch einer Abgrenzung zum klassischen Liberalismus einerseits und zur gegenwärtigen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik andererseits.

Zum Verhältnis von klassischem Liberalismus zu Neoliberalismus sind die entsprechenden Abschnitte aus dem Buch ○ [KÜHNLE, R.: *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus*, Reinbek: Rowohlt Verlag 1971 (= rororo 1342/1343 A.)] empfehlenswert.

Die Abgrenzung neoliberaler Wirtschaftspolitik (Erhard'scher Prägung) zur neoklassischen Wirtschaftspolitik (Schillerscher Provenienz) sollte sich etwa an folgenden Fragestellungen orientieren:

5.5.1 Verhältnis Prozeßpolitik – Ordnungspolitik: Vom neoliberalen Standpunkt aus liegt das Schwergewicht (zumindest theoretisch und programmatisch) auf der Sicherung der Wirtschafts- und insbesondere der Wettbewerbsordnung; soweit überhaupt Eingriffe in den Wirtschaftsablauf zulässig sind, müssen sie „marktkonform“ sein, d. h. die Selbststeuerung des Marktes nicht außer Kraft setzen.

5.5.2 Verhältnis Geldpolitik – Fiskalpolitik: Die Mittel der Geldpolitik (die in der Regel „marktkonform“ sind) haben den Vorrang vor fiskalpolitischen Maßnahmen.

5.5.3 Wesentlicher Bestandteil des Neoliberalismus ist seine ideelle (bzw. ideologische) Komponente. Alle individuellen Interessen werden eingebettet in eine letztlich harmonische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dies zeigt sich in Begriffsbildungen wie „Soziale Marktwirtschaft“, „Sozialpartnerschaft“, „Formierte Gesellschaft“ einerseits und im häufigen Gebrauch von Appellen an die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft (sog. „Seelenmassage“ oder „moral suasion“). Das Scheitern der

neoliberalen Wirtschaftspolitik ist wesentlich auf diesem ideellen Hintergrunde zu sehen: in dem Ausmaße, wie die ideelle Gemeinsamkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu Beginn der Wiederaufbauphase abnahm, erwies sich der Neoliberalismus als Ideologie der westdeutschen Gesellschaft als immer weniger brauchbar und versagten die moralischen Appelle Ludwig Erhards (zuletzt wurden sie nur noch als „Maßhaltappelle“ allgemein ironisiert).

6. Keynesianismus und Neoklassizismus in der BRD

6.1 Allgemeines

Eine eingehende Analyse des keynesianischen Systems und der Möglichkeiten seiner Anwendung wäre zwar wünschenswert, würde aber den Rahmen dieses pädagogischen Modells bei weitem sprengen, und zwar aus folgenden Gründen:

6.1.1 Das Keynesianische Modell in seiner klassischen Interpretation von Hicks, Hansen und Joan Robinson dient als Grundlage der noch heute vorherrschenden Modelle der Fiskalpolitik. Grundgedanke dieser Interpretation ist, die Veränderung der staatlichen Ausgaben (und damit der staatlichen Nachfrage) jeweils der privaten Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern entgegengesetzt zu betreiben (sog. antizyklische Fiskalpolitik). Selbst wenn man diese klassische Interpretation der Keynes'schen Theorie akzeptiert, entstehen sowohl bei der Darlegung der Theorie wie bei der Frage ihrer Anwendbarkeit erhebliche Schwierigkeiten.

6.1.2 Diese klassische Interpretation des Keynes'schen Modells ist heute aber nicht mehr unbestritten. Die beiden wichtigsten Gruppen von Einwänden lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen:

6.1.2.1 Das Keynes'sche Modell ist zwar eine brauchbare Abbildung der Realität, die traditionellen Interpretationen sind aber zumindest unzureichend; so behauptet etwa der schwedische Nationalökonom Axel Leijonhufvud, Keynes habe seiner Analyse ein mehrsektorales Modell (Investitionsgütersektor und Konsumgütersektor) zugrunde gelegt. Folgt man dieser Auffassung – oder berücksichtigt man andere Modifikationen der Theorie, insbesondere im Hinblick auf das geldwirtschaftliche System –, so wird die Analyse weiter kompliziert.

6.1.2.2 Eine andere Richtung, vertreten vor allem durch den Chicagoer Ökonomen Milton Friedman, behauptet dagegen, das Keynes'sche Modell sei auf jeden Fall nicht für die praktische Wirtschaftspolitik geeignet. Friedman befürwortet stattdessen eine langfristige Geldmengenvermehrung in Relation zur Wachstumsrate des realen Sozialprodukts. Diese „Chicagoer Schule“ hat beträchtlichen Einfluß auch auf deutsche Wirtschaftswissenschaftler und -politiker gewonnen, obwohl die theoretische Fundierung und erst recht die praktische Bewährung dieser Theorie durchaus zweifelhaft ist. Da in der gegenwärtigen Literatur diese Frage kaum allgemein verständlich behandelt wird, wird die Kontroverse im folgenden fakultativen Exkurs kurz skizziert.

6.2 Exkurs: „Keynes“ versus „Friedman“

Folgt man der klassischen Keynes-Interpretation à la Hicks-Hansen, so ist das entscheidende Mittel zur Konjunktur Stabilisierung die Veränderung der Gesamtnachfrage durch die Veränderung der Staatsnachfrage (bei unveränderten Steuersätzen). Bei unzureichender privater Nachfrage nach Konsum- und/oder Investitionsgütern führt eine Erhöhung der Staatsausgaben – verstärkt durch Multiplikator- und Akzelerator-Effekte – zu einem neuen Gleichgewicht zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage.

Die von der Friedman-Schule vertretene Regulierung des Konjunkturablaufs über Veränderungen der Geldmenge wird als Spezialfall der keynesianischen Theorie gedeutet: Eine Erhöhung der volkswirtschaftlichen Geldmenge führt – z. B. durch erleichterte Kreditvergabe – zu einer Erhöhung der privaten oder auch staatlichen Nachfrage. Geldmengenveränderung läuft also nach fiskalpolitischer Sicht auf Nachfrageveränderung hinaus, falls sie überhaupt konjunkturpolitisch wirksam wird. Deshalb sei es besser, gleich unmittelbar die Nachfrage zu beeinflussen.

Dagegen argumentiert die Friedman-Schule etwa folgendermaßen: Eine Veränderung der staatlichen Nachfrage bei konstanten Steuersätzen bedeutet eine Veränderung der staatlichen Nettoverschuldung gegenüber der Zentralbank (entweder Schuldenerhöhung bei zusätzlicher Staatsnachfrage oder Schuldentilgung bei Verringerung der Staatsausgaben) und deswegen eine Veränderung der volkswirtschaftlichen Geldmenge. Also ist die vermeintliche Fiskalpolitik in Wirklichkeit Geldpolitik. Falls die öffentliche Hand sich nicht bei der Zentralbank verschuldet, sondern auf dem Kapitalmarkt, erhöhen sich zwar die Staatsausgaben, gleichzeitig werden aber dadurch die Kreditmöglichkeiten der Unternehmen und damit deren Investitionsvolumen eingeschränkt, so daß Geldmenge und Gesamtnachfrage unverändert bleiben. Die Fiskalpolitik erscheint deswegen als praktisch unbrauchbarer Spezialfall der Geldpolitik.

Gegen beide Positionen – und insbesondere gegen die Friedmansche – lassen sich erhebliche Einwände vorbringen, die sich vor allem aus dem Realitätsbezug der jeweils zugrundeliegenden, aber nicht hinreichend explizierten Annahmen ergeben. Methodisch reizvoll – und im Unterricht noch eingehender zu diskutieren – ist dabei der für viele gesellschaftliche Zusammenhänge zutreffende Umstand, daß ein und derselbe empirische Befund – hier: die Wirkungen staatlicher Geld- bzw. Fiskalpolitik – ganz unterschiedlich interpretiert werden können.

6.3 Exkurs: Theoretische Aspekte des Keynesischen Systems

Trotz der oben dargelegten Schwierigkeiten einer adäquaten Einbeziehung der Keynesischen Theorie in den Unterricht ist es empfehlenswert – wenn auch für das Verständnis des folgenden nicht unbedingt erforderlich –, wenigstens die grundlegenden theoretischen Gedanken des Keynesischen Systems und die Möglichkeiten ihrer praktischen Anwendung im Unterricht zu diskutieren. Didaktisch empfehlenswert ist es dabei, von den institutionellen und praktisch-politischen Aspekten auszugehen, wie sie etwa ○ [UHL, K.: *Aspekte der Wirtschaftspolitik, Frankfurt/M.: Diesterweg Verlag 1968.*] vor allem im Abschnitt B mit konkreter Hinwendung auf die Situation in der Bundesrepublik gibt. (Dieses Büchlein eignet sich auch als „Nachschlagewerk“ beim Auftauchen von unbekanntem Begriffen bzw. bei der Klärung vieler Fragen aus der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dabei sollte das Gewicht nicht auf die technischen Einzelheiten der verschiedenen geld-, fiskal- und außenwirtschaftspolitischen Mittel gelegt werden, sondern auf die allgemeinen Funktionsprinzipien (wie Beein-

flussung der Gesamtnachfrage, der Beschäftigung, des Preisniveaus, Folge- und Nebenwirkungen).

Für die erste Beschäftigung mit der traditionellen politisch-praktischen Interpretation und Anwendung des Keynesischen Systems ist die Darstellung bei Uhl voll ausreichend, insbesondere wenn sie im Unterricht in Beziehung gesetzt wird mit den Vorkenntnissen der Studenten aus dem ersten Lehrschritt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung). Für eine weitergehende Beschäftigung mit den theoretischen Grundlagen der keynesianischen Wirtschaftspolitik empfiehlt sich ein mehrstufiges Verfahren. Als erster Überblick über die Grundprinzipien der keynesianischen Theorie kann z. B. der kurze Artikel ○ [NUTZINGER, H. G.: → (4.4.7.1) S. 1001–1026 verwendet werden (insbesondere die Abschnitte B IV und B VI). Eine ausführlichere Darstellung, wie z. B. SAUER-MANN, H.: → (4.) kann sich daran anschließen. Auch das Buch von STÖRIG, H.-J.: → (5.1) gibt einige Hinweise zur Fiskalpolitik. Anspruchsvoller – und daher für die Behandlung im Unterricht im allgemeinen zu schwierig – ist die wirtschaftspolitische Interpretation bei OHM, H.: *Allgemeine Volkswirtschaftspolitik, Bd. 2: Der volkswirtschaftliche Gesamtorganismus als Objekt der Wirtschaftspolitik, Berlin: de Gruyter Verlag 1967 (= Sammlung Göschen, 1196–1196 a.)*

6.4 Die Interpretation der Keynesianischen Wirtschaftstheorie bei Karl Schiller

Der zentrale Begriff der „neuen“ Wirtschaftspolitik beim sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller ist das Konzept der „Globalsteuerung“ der makroökonomischen Größen (Preisniveau, Beschäftigung, Investitionen, Gesamtnachfrage usw.) durch eine Kombination verschiedener wirtschaftspolitischer Mittel mit dem Schwerpunkt auf der Fiskalpolitik. Schiller unterscheidet dabei 3 Ebenen des wirtschaftspolitischen Handelns:

- Verbesserung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums (Verfeinerung und Ausweitung der geld- und fiskalpolitischen Mittel).
- Außenwirtschaftliche Absicherung
- Ausbau eines gesamtwirtschaftlichen Planungs- und Entscheidungssystems, wie z. B. Konzertierte Aktion, mittelfristige Finanzplanung u. a. m.

Einen guten Überblick über Schillers wirtschaftspolitische Programmatik zur Zeit des Regierungswechsels 1966 gibt sein Vortrag vom 15. 7. 66 im Walter-Eucken-Institut Freiburg: ○ [SCHILLER, K.: *Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft (Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze 15), Tübingen: Mohr Verlag 1966.*] Das damals vertretene wirtschaftspolitische Programm gibt einen brauchbaren Referenzpunkt für die Beurteilung der Modifikationen der politischen Durchsetzung und der Unzulänglichkeiten dieser Konzeption in den Lernschritten 6. und 7.

7. Wirtschaftspolitische Maßnahmen

7.1 Allgemeines

7.2 Die wichtigsten Maßnahmen

7. Wirtschaftspolitische Maßnahmen 1967–1971**7.1 Allgemeines**

Im Gegensatz zu den beiden vorhergehenden Lernschritten, die sehr stark mit Problemen der ökonomischen Theorie und den Möglichkeiten ihrer Anwendung beschäftigt waren und deshalb eine eingehende Diskussion und stoffliche Aufbereitung im Unterricht erforderlich machen, kann dieser Lernschritt, der sich auf die faktischen Maßnahmen und die faktischen Ergebnisse dieser Maßnahmen bezieht, weitgehend der Eigenarbeit der Studenten überlassen werden. Die Jahresgutachten 1967–1974 enthalten die wichtigsten Maßnahmen und Gesetzestexte und kommentieren diese im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen. Die wichtigsten Etappen werden im folgenden nur enumerativ aufgeführt; bei der Diskussion im Unterricht sind die verschiedenen Maßnahmen einerseits im Hinblick auf die politische Situation (Bundestagsmehrheiten, Koalitionen) und andererseits im Hinblick auf die ursprüngliche Zielsetzung Schillers zu untersuchen. Neben den Jahresgutachten können ergänzend noch die Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung herangezogen werden. Zu speziellen Problemen wird noch weiterführende Literatur angegeben.

Ziele dieses Lernschritts sind dabei vor allem die beiden folgenden:

- a. Die kritische Aufarbeitung des weitgehend im Selbststudium zu erarbeitenden Faktenwissens durch Diskussion und Analyse im Unterricht
- b. Vorbereitung einer Bewertung der gegenwärtigen Situation (und damit des Lernschritts).

7.2 Die wichtigsten Maßnahmen

7.2.1 Die wichtigste gesetzgeberische Maßnahme zur rechtlichen Absicherung der „neuen“ Wirtschaftspolitik war wohl das bald nach Bildung der Großen Koalition am 8. Juni 1967 verabschiedete „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ („Stabilitätsgesetz“), das u. a. für Bund und Länder die Verpflichtung formuliert, bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen „die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten“, wobei Gleichgewicht implizit definiert wird als ein Zustand im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung, der ein stabiles Preisniveau, einen hohen Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ein „stetiges und angemessenes Wachstum“ (vgl. § 1) aufweist.

§ 2 dieses Gesetzes verpflichtet die Bundesregierung zur Vorlage eines Jahreswirtschaftsberichtes, der eine Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates, eine Jahresprojektion der für das kommende Wirtschaftsjahr angestrebten Ziele (mit Alternativrechnungen) sowie eine Darlegung der geplanten wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen enthält.

Die weiteren Paragraphen dieses Gesetzes geben der Bundesregierung gewisse Vollmachten zur konjunkturellen Variation der Steuersätze und der Ausgaben, die nach der alten Reichshaushaltsordnung nicht bestanden.

Besonders wichtig ist die Einrichtung einer mittelfri-

stigen Finanzplanung für Bund, Länder und Gemeinden. Dazu im einzelnen siehe

○ [STRAUSS, F. J.: *Die Finanzverfassung (Reihe, Geschichte und Staat 144/145)*, München: G. Olzog Verlag 1969].

Ferner schafft das Gesetz die Grundlage für die „konzertierte Aktion“ der Sozialpartner und für die Erstellung gesamtwirtschaftlicher Orientierungsdaten; jedoch hat beides nur informativen Charakter.

Neben diesem grundlegenden, schon zu Beginn des Zeitraums 1966–71 verabschiedeten Gesetz gibt es eine große Fülle weiterer gesetzgeberischer und exekutiver Maßnahmen, die für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik von Bedeutung waren; die Einzelheiten (und auch Übersichten) sind den laufenden Jahresgutachten zu entnehmen.

Von den drei bei Schiller angeführten Ebenen ist die erste Ebene (Ausweitung und Verfeinerung des Instrumentariums) am ehesten verwirklicht worden (insbesondere durch das Stabilitätsgesetz, vgl. oben). Die 3. Ebene (Einrichtung neuer Planungs- und Entscheidungsinstitutionen) ist nur teilweise verwirklicht worden, z. T. noch in Vorbereitung, und schließlich sind diese Institutionen im Hinblick auf die erwartete Effektivität als wenig wirksam erkannt worden (z. B. die „konzertierte Aktion“). Die Analyse der gegenwärtigen Situation kann immer noch weitgehend auf dem Hintergrund der politischen Durchsetzbarkeit und der praktischen Effektivität von Schillers Wirtschaftsprogramm gesehen werden.

7.2.2 Ungelöst wie beim Regierungswechsel 1966 ist schließlich die Frage der außenwirtschaftlichen Absicherung der Binnenwirtschaftspolitik; und in der Tat hat sich die praktische Unlösbarkeit dieser Problematik zur wunden Stelle der „neuen“ Wirtschaftspolitik entwickelt; die „2. Ebene“ konnte nicht realisiert werden.

○ [Eine kurze, informative Übersicht über das 1967 geschaffene konjunkturpolitische Instrumentarium gibt z. B. UHL, K.: → (S. 3.4), Abschnitt B. 4., insbes. S. 89 ff., ferner Abschnitt C, S. 93 ff.]

Der praktische Erfolg der jeweils getroffenen Maßnahmen wird jeweils in der Einleitung zu den Sachverständigengutachten kurz kommentiert.

Im Zusammenhang mit der ungelösten außenwirtschaftlichen Absicherung stellen sich zwei Fragenkomplexe für die Diskussion im Unterricht:

7.2.2.1 Die Frage der politischen Lösbarkeit einer isolierten binnenwirtschaftlichen Absicherung, und zwar in folgenden Dimensionen:

- a. Unmöglichkeit einer isolierten Währungs- und Konjunkturpolitik im Rahmen der EG. Hierbei ist der gegenwärtig noch bestehende Widerspruch zwischen fixierten Wechselkursen zwischen den EG-Mitgliedsländern einerseits und der autonomen Wirtschafts- und insbesondere Konjunkturpolitik innerhalb der einzelnen Länder, die zu unterschiedlichen Entwicklungen des Preisniveaus und damit entweder zu importierter Inflation oder aber zu laufenden Wechselkurskorrekturen innerhalb der EG-Länder führen. Der aus der gemeinsamen Währungspolitik folgende Zwang zu einer einheitlichen Konjunkturpolitik wird zwar theoretisch anerkannt, stößt aber auf politische (die Hoheitssphäre der einzelnen Mitgliedsstaaten tangie-

rende) Probleme. Der Anstieg der Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland auf ca. 4 % (1970) und ca. 6 % (1971) und ca. 6,5 % (1972) ist auch auf dem Hintergrund der Entwicklung in den Partnerländern zu sehen. b. Im Weltmaßstab verschärft sich dieses Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung durch die Krise des (1944 in Bretton Woods, USA, installierten) traditionellen Weltwährungssystems, das auf festen Wechselkursen, freier Konvertibilität (Umtauschbarkeit) und der Einrichtung des US-Dollars als Leitwährung beruhte. Die notwendig gewordene Revision dieses Systems stößt ebenfalls vorwiegend auf politische Widerstände (z. B. Prestige-Gesichtspunkte bei den USA und Frankreich). Eine immer größer werdende Zahl von Wirtschaftswissenschaftlern, insbesondere in der Bundesrepublik, befürwortet deshalb eine Freigabe der Wechselkurse oder zumindest eine Erhöhung der Band-(Schwankungs-)Breiten. Die gegenwärtig noch andauernde Freigabe der deutschen Wechselkurse dient wesentlich der Abwehr inflationärer Einflüsse aus dem Ausland. Andere Länder greifen dagegen zu Handels- und/oder Devisenbeschränkungen (z. B. USA).

7.2.2.2 Eine andere Dimension desselben Problems ist die Exportabhängigkeit der deutschen Industrie (z. B. Kraftfahrzeug-l., chemische Industrie). War 1967/68 die Exportindustrie bzw. die Erhöhung der Exportquote der Träger der konjunkturellen Wiederbelebung – infolge günstiger Preisentwicklung während der Rezession konnte der schwache Inlandsabsatz durch erhöhte Ausfuhren kompensiert werden –, so stellt sich heute die Situation im Exportgeschäft wesentlich ungünstiger dar: Verschärfter Wettbewerb auf den Weltmärkten, Veränderung des DM-Wechselkurses durch Aufwertung (1970) und Wechselkursfreigabe (1971), Handelsbeschränkungen wichtiger Ausfuhrländer (insbesondere USA) und die internationale Währungskrise stellen gegenwärtig ein zusätzliches Unsicherheitsmoment der konjunkturellen Entwicklung dar. Was 1967/68 als Motor des Aufschwungs gewirkt hat (Steigerung der Exportquote), kann in den kommenden Monaten zur Verschärfung der Situation beitragen (Gefahr des Exportrückgangs bzw. Verluste im Exportgeschäft).

8. Das Ende einer nationalen Wirtschaftspolitik – die Entwicklung seit Herbst 1971

8.1 Allgemeines

Die wirtschaftliche und politische Lage der Bundesrepublik seit Herbst 1971 signalisiert in gewisser Weise den endgültigen „Abschied“ von der nationalen Sonderposition Deutschlands, obwohl bestimmte Eigentümlichkeiten erhalten bleiben. Diese Angleichung gilt insbesondere für die Entwicklung des Preisniveaus in den Jahren 1971–1973 an das „europäische“ Niveau. Abb. 9 (Seite 163) gibt einen Vergleich für die Länder der Europäischen Gemeinschaft und die wichtigsten anderen Industrieländer. Bemerkenswert bleibt allerdings in diesem Zeitraum die immer noch deutlich unter dem Durchschnitt liegende Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik (siehe dazu Abb. 10, Seite 164). Man ermittelt aus den absoluten Angaben leicht die anschaulicheren relativen Größen, so z. B. die Arbeitslosenquote als Verhältnis von Arbeitslosen zur Gesamtzahl der beschäftigten und der arbeitslosen Arbeitnehmer. Die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik liegt mit durchschnittlich etwa 1 % weiterhin am Ende der Skala; sie ist nur etwa halb so groß wie diejenige Frankreichs und beträgt sogar weniger als ein Viertel der italienischen Arbeitslosenquote.

Für das Jahr 1974 und insbesondere für 1975 (vgl. im einzelnen Abschnitt 8.3.5) ergibt sich allerdings – wenn auch wahrscheinlich nicht als Dauerzustand – wieder eine gewisse nationale Sonderentwicklung der Bundesrepublik, die sich jedoch von der früheren nicht nur durch ihre voraussichtlich kürzere Dauer, sondern durch die spezifische Art des Zusammenwirkens der makroökonomischen Größen (insbesondere Arbeitslosenquote und Preissteigerungsrate) abhebt. Die Wirkungen der konsequenten Stabilisierungspolitik der Bundesbank (Begrenzung des Geldvolumens), aber auch der Politik der Bundesregierung und der Tarifparteien zeigen sich 1974 und verschärfen 1975 in einer unterdurchschnittlichen Preissteigerungsrate bei gleichzeitiger Angleichung der Arbeitslosenquote an andere EG-Länder. Im Gegensatz zu früher mußte eine Begrenzung des Preisstiegs auf 7 % (1974) bzw. 6 % (1975 geplant) mit einer Anhebung der Arbeitslosenquote auf derzeit etwa 5 % (Januar 1975) erkaufte werden. Hierin zeigt sich nicht zuletzt die zunehmende Stärke des internationalen Preiszusammenhangs und die abnehmende Möglichkeit nationaler Stabilisierung angesichts der internationalen Energie- und Rohstoffverteuerung.

Als Grundlektüre für diesen Lernschritt wird das im Dezember 1974 erschienene Jahresgutachten 1974/75 des Sachverständigenrates ○ [Bundestagsdrucksache 7/2848 oder Buchveröffentlichung Mainz: Kohlhammer Verlag 1975] empfohlen. Zur Strukturierung der Diskussion im Unterricht werden hier – zusätzlich zu den allgemeinen Anregungen auf S. 36/37, die sich auf die Außenwirtschaftsproblematik beziehen – einige Problemkreise skizziert und einige Tabellen zur Auswertung und zur Diskussion wiedergegeben.

8.2 Strukturelle Aspekte

Ergänzend zur allgemeinen Skizzierung seien einige strukturelle Aspekte zur Behandlung im Unterricht angeführt:

8.2.1 Die zukünftigen Aspekte der Wirtschaftsentwicklung im Rahmen der erweiterten EG, insbesondere im Hinblick auf die noch ungelöste Konjunktur- und währungs-politische Problematik (S. 33 f.); ferner die speziellen Probleme der europäischen Agrarwirtschaft (Marktordnung, „grüner Dollar“, Betriebsgrößenveränderung u. ä.).

8.2.2 Die Frage des Verhältnisses von privatem zu öffentlichem Sektor (hier seien nur die Stichworte Umweltschutz, Bildungssystem, Ausbau des Sozialleistungssystems) genannt. Generell wird man davon ausgehen müssen, daß eine Verschiebung zugunsten des öffentlichen Sektors stattfinden wird, da die Möglichkeiten privater Bedürfnisbefriedigung in wachsendem Maße von den öffentlichen Investitionen und Dienstleistungen abhängen. Dies bedingt u. a. Veränderungen des Steuersystems (etwa die Beschlüsse des SPD-Sonderparteitages, November 1971).

8.2.3 Die langfristige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik wird durch tiefgreifende Veränderungen der Struktur gekennzeichnet sein; die kapitalistische Rekonstruktionsphase ist spätestens mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Konstellation (Stagflation oder verlängerte Spätphase des Booms), wenn nicht mit der Krise 1966/67 beendet. Obwohl eine wissenschaftliche Bewertung der verschiedenen, teilweise gegeneinanderstrebenden Faktoren auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet noch nicht in langfristiger Perspektive möglich ist, sollten doch die sich tatsächlich oder möglicherweise abzeichnenden Tendenzen zum Abschluß diskutiert werden – gerade auch im Hinblick auf den gesamteuropäischen Zusammenhang.

8.2.4 Bis zur Veröffentlichung des Jahresgutachtens 1972/73 im Dezember 1972 war es schwierig, geeignetes und entsprechend aufbereitetes statistisches Material über diese europäischen Zusammenhänge und ihre binnenwirtschaftlichen Konsequenzen zusammenzustellen. Diesem Mangel ist nun – jedenfalls für den Bereich der Europäischen Gemeinschaften – durch einen ausführlichen EG-Abschnitt mit zahlreichen Schaubildern und Tabellen und gut verständlicher Kommentierung weitgehend abgeholfen. Im folgenden sind einige Abbildungen über wichtige Vergleichszahlen wiedergegeben:

Abb. 11 (Seite 165) zeigt das Bruttosozialprodukt der neun EG-Länder in laufenden und in konstanten Preisen und Wechselkursen und demonstriert unter anderem die ökonomisch führende Position der Bundesrepublik Deutschland in der Gemeinschaft: Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 237,0 Mrd. Eur (= Europäische Verrechnungseinheit = US-\$) beträgt ihr Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt der EG nahezu 40 % (1972).

Dieser Eindruck wird auch durch Abb. 12 (Seite 166) über das Bruttosozialprodukt pro Kopf und durch Abb. 13 (Seite 167) über Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit bestätigt. Dabei zeigt sich überdies, daß die „tatsächliche Lohnquote“ in der Bundesrepublik (= Einkommen aus unselbständiger Arbeit: Volkseinkommen) am höchsten und in Italien am niedrigsten liegt. Ein Vergleich der beiden Abbildungen ergibt

einen interessanten Zusammenhang zwischen dem Volkseinkommen pro Kopf und der Lohnquote, der sich vereinfacht durch die Feststellung „je höher das Volkseinkommen pro Kopf, desto höher auch die Lohnquote“ charakterisieren läßt. Welche ökonomischen Zusammenhänge hinter dieser statistischen Korrelation stecken können, sollte im Unterricht diskutiert werden. Dabei sind sicherlich der industrielle Entwicklungsgrad und der Beschäftigungsgrad der verschiedenen Länder wesentliche Erklärungsmomente.

Die starke wirtschaftliche Verflechtung der EG-Länder untereinander macht es immer schwieriger, eine isolierte Konjunkturanalyse wie auch eine praktische Konjunkturpolitik zu betreiben. Einer der wichtigsten Gründe dafür ist der sogenannte „internationale Preiszusammenhang“ zwischen den entwickelten westlichen Industrieländern allgemein und den EG-Ländern insbesondere. Die entsprechende Graphik (Abb. 14, Seite 168) illustriert diesen Zusammenhang besonders anschaulich. Auffällig ist dabei, daß eine Tendenz zur Angleichung der Preissteigerungsraten in den aufeinanderfolgenden Vierjahreszeiträumen 1957/61, 1962/66 und 1967/71 beobachtbar ist. Auch die Preissteigerungsrate im Gesamtzeitraum zeigt mit Jahresdurchschnittswerten von 2,7 % (Bundesrepublik Deutschland, Belgien) bis 4,8 % (Frankreich) eine relativ bedeutende Einheitlichkeit.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den konjunkturellen Verläufen der verschiedenen EG-Länder sind schließlich auf der folgenden Abb. 15 (Seite 169) dargestellt. Bereits eine erste qualitative Analyse demonstriert das Überwiegen der Übereinstimmungen in den nationalen Konjunkturabläufen. Der vergleichsweise „autonome“ Konjunkturverlauf Italiens ist dabei in Beziehung zu den vorher ermittelten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (z. B. Sozialprodukt pro Kopf) zu sehen. Abgesehen von ihrer Verwendbarkeit im deutschlandkundlichen Unterricht im engeren Sinne lassen sich die Tabellen und Schaubilder des „europäischen“ (EG-) Teils der Jahresgutachten ab 1972/73 auch für Unterrichtsmodelle mit dem Schwerpunkt „EG“ sehr gut verwenden. Dies gilt nicht nur für eine vergleichende Untersuchung der Probleme und Daten verschiedener europäischer Länder; ebenso ist auch eine Schwerpunktbildung für das Aggregat „Europäische Gemeinschaften“ o. ä. unter bewußter Vernachlässigung der einzelstaatlichen Probleme denkbar. Als erstes Beispiel dafür ist die Abb. 18 (Seite 170) gedacht. Hier wird die Entwicklung des Bruttosozialprodukts nicht mehr nach einzelnen Ländern, sondern nach den zusammengefaßten Nachfragekomponenten (privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoeinkaufsinvestitionen, Einfuhr, Ausfuhr) untergliedert. Unabhängig von einer „europakundlichen“ Verwendung derartiger Schaubilder ist auch ein anderes methodisches Problem daran für den Unterricht faßlich zu machen: die verschiedenen Formen der Zusammenfassung, Gruppierung und Gliederung statistischen Ausgangsmaterials je nach dem zugrunde gelegten Untersuchungszweck; im wiedergegebenen Beispiel also die Zusammenfassung nach Sozialproduktkomponenten anstelle der nationalen „Sozialprodukte“.

8.3 Sozial-liberale Wirtschaftspolitik nach Schiller

Das vorliegende Manuskript wurde im wesentlichen im November 1971 abgeschlossen; einige Ergänzungen über die spätere Entwicklung bis Ende 1974 wurden in den laufenden Text eingefügt, und die Abbildungen (Tabellen und Schaubilder) wurden, soweit möglich, auf den neuesten Stand gebracht.

Worin sind nun wesentliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten zur Wirtschaftslage im November 1971, zu sehen, und wie lassen sich diese Differenzen und Übereinstimmungen als Problem des deutschlandkundlichen Unterrichts fruchtbar machen? Die folgenden kursorischen Anmerkungen sollen erste Hinweise zur Behandlung dieser Fragestellung geben.

8.3.1 Trotz fälliger Veränderungen auf der wirtschaftspolitischen Bühne der Bundesrepublik, die ihren prägnantesten Ausdruck im Rücktritt von Karl Schiller und in der Bestätigung der sozial-liberalen Koalition fanden, sind die Probleme der deutschen Wirtschaft wie auch die Grundsätze der Wirtschaftspolitik, unabhängig von den wechselnden „Akteuren“, in erstaunlichem Umfang unverändert geblieben.

8.3.2 Diese generelle Behauptung läßt sich zunächst an der Kontinuität der sozial-liberalen Wirtschaftspolitik unter Finanzminister Helmut Schmidt (SPD) wie auch Wirtschaftsminister Friderichs (FDP) nachweisen. Die Verlagerung bislang wirtschaftspolitischer Kompetenzen auf das Finanzministerium bedeutet keinen Bruch mit der bisherigen Wirtschaftspolitik. Von besonderer Wichtigkeit ist auch die prinzipielle Bestätigung der praktischen Wirtschaftspolitik durch die Parteilage von FDP und SPD (April 1973 in Hannover). Auch der Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt und der damit verbundene Übergang des Wirtschaftsressorts auf Hans Apel haben diese Kontinuität nicht unterbrochen.

8.3.3 Diese Globalaussage bedarf allerdings der Modifikation in einigen nicht unerheblichen Punkten:

a. Bereits vor der Bundestagswahl am 19. 11. 72 zeichnete sich eine Modifikation der von Schiller forcierten keynesianischen Prozeßpolitik vor allem durch ordnungspolitische Gesichtspunkte ab. Dazu gehören insbesondere die Intensivierung der Wettbewerbspolitik (Aufhebung oder zumindest Einschränkung der vertikalen Preisbindung; „vorbeugende Fusionskontrolle“ größerer Unternehmen, d. h. Genehmigungspflicht größerer Zusammenschlüsse anstelle der bisherigen einfachen Meldepflicht; gleichzeitig staatliche Förderung der Kooperation zwischen Klein- und auch Mittelbetrieben) und die geplanten Maßnahmen im Steuerrecht, die auf größere Steuergerechtigkeit und erhöhte Staatseinnahmen hinzuliefen (Erhöhung des Einkommensteuerspitzensatzes von 53 % auf 60 %, Anhebung der Erbschaftsteuer, geringfügige Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf voraussichtlich 12 %). Ein Teil dieser Maßnahmen (Einkommensteuer- und Kindergeldreform) ist zum 1. 1. 75 in Kraft getreten.

b. Geringere Bedeutung hat demgegenüber der zeitweilige oder auch langfristig intendierte Gebrauch „dirigistischer“ Maßnahmen. Dies gilt insbesondere für den

zeitweiligen Rückgriff auf Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung, insbesondere zur Eindämmung ausländischer Devisenzuflüsse (Verbote, Genehmigungspflichten, Schließungen der Devisenbörsen usw.), obwohl die politischen Auseinandersetzungen über ihre Anwendbarkeit den unmittelbaren Anlaß für den Rücktritt Schillers gaben. Etwas anders ist die Relevanz der insbesondere von der SPD geforderten Maßnahmen zur Umgestaltung der Wirtschaftsverfassung zu sehen: die konzipierten Veränderungen des Boden- und Baurechtes werden die privaten Eigentumsrechte in diesem Bereich zugunsten des Staates beschränken, falls diese Vorstellungen politisch durchgesetzt werden können. Weniger ausgearbeitet und auch kurzfristig wohl weniger realistisch sind die Vorstellungen zu einer gesamtwirtschaftlichen „Investitionskontrolle“ und zu einer Monopolisierung der Wohnungsvermittlung bei öffentlichen Institutionen.

8.3.4 Weitere mittelfristig bedeutsame Veränderungen sind in den Bereichen „Vermögensbildung“ und „Mitbestimmung“ zu erwarten. In diesen Fragen scheinen Kompromisse zwischen den Regierungsparteien wahrscheinlich → (Mitbestimmung in Deutschland), so daß entsprechende Gesetze in absehbarer Zeit zustande kommen können. Nach den mehrheitlichen, wenn auch umstrittenen Entscheidungen der Gewerkschaften und der SPD für ein Modell der privaten Vermögensbildung in einem kollektiven Fonds ist daher nicht mehr das Hauptproblem in der politischen Durchsetzung entsprechender gesetzlicher Regelungen zu sehen; vielmehr stellt sich die Frage, ob sich daraus erhebliche Veränderungen in der ungleichen Vermögens-(und auch Einkommens-)Verteilung ergeben werden. Zumindest zwei Gründe sprechen dagegen: a. die Begrenzung der Umverteilungsmaßnahmen auf eine Umverteilung der Vermögenszuwächse, nicht der Vermögensbestände zugunsten des Staates und der „vermögensschwachen“ Bevölkerungsgruppen; b. die komplizierten Möglichkeiten der Überwälzung von Steuer- und Vermögensabgabelasten durch die unternehmerische Preis- und Investitionspolitik. Bis Ende 1974 waren jedoch noch keine gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiet erfolgt (→ Mitbestimmung).

8.3.5 Die Lage im Winter 1971/72 war nicht eindeutig zu diagnostizieren; die Gefahr einer „Stagflation“ war zu diesem Zeitpunkt keineswegs auszuschließen. Die wirtschaftliche Lage im Frühjahr 1973 läßt sich dagegen eindeutig als eine Kombination von Nachfrage- und Kosteninflation bei gleichzeitigem realem Wachstum kennzeichnen. Diese Entwicklung zeichnet sich bereits in der Beurteilung des Jahresgutachtens 1972/73 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ○ [Bundesratsdrucksache 612/72 oder Buchveröffentlichung Mainz: Kohlhammer-Verlag 1972] ab. Die wichtigsten neuen Gesichtspunkte des Gutachtens lassen sich kurz folgendermaßen skizzieren:

a. Der Bericht geht – prinzipiell zutreffend – davon aus, daß 1973 der Preisaufrtrieb nicht gebremst werden kann; bei unbeeinflußter Entwicklung wird eine Preissteigerungsrate des Sozialprodukts von 6 % und eine monetäre Wachstumsrate von 12 % prognostiziert. Daraus ergä-

be sich ein reales Wachstum von knapp 6 %. Nach der weiteren Entwicklung konnte diese Prognose eher noch als zurückhaltend bezeichnet werden. Tatsächlich betrug die „Inflationsrate“ 6,9 % und die reale Wachstumsrate des BSP 5,3 %.

b. Zur Eindämmung dieser inflationären Entwicklung werden zwei Strategien empfohlen. Beiden gemeinsam ist eine Bremsung der Nachfrage des privaten Bereichs (Haushalte, Unternehmen) durch Steuererhöhungen; die zweite Strategie sieht überdies auch Ausgabenbeschränkungen der öffentlichen Haushalte vor.

c. Nach dem gemeinschaftlichen „Frühjahrgutachten 1973“ der fünf bedeutenden deutschen Konjunkturforschungsinstitute hatte sich die Situation im Frühjahr noch weiter verschärft. Mit Ausnahme des DIW Berlin wird daher von den Konjunkturforschern eine sehr restriktive Stabilisierungspolitik unter Inkaufnahme einer arbeitsplatz- und unternehmensgefährdenden „Stabilisierungs-krise“ gefordert; diese stimmt weitgehend mit der zweiten Strategie des Jahresgutachtens 1972/73 überein, ist aber schärfer und umfaßt auch eine einschneidende Verknappung der monetären Liquidität von Banken und Unternehmen zur Eindämmung der Investitionsnachfrage.

d. Neben den bereits erwähnten EWG-Statistiken in den Jahresgutachten seit 1972/73 sind auch interessante Statistiken zur Verteilung von Vermögen und Einkommen hinzugekommen, die bisher entweder nicht erhoben oder nicht publiziert wurden und nun wichtige Aufschlüsse über die Sozialstruktur der Bundesrepublik (und z. T. der anderen EWG-Länder) erlauben.

e. Wie schon in der Einleitung (→ 8.1) kurz skizziert, hat sich im Jahre 1974 wieder eine gewisse Sonderentwicklung in der Bundesrepublik ergeben, die sich allerdings wesentlich von den Besonderheiten des Zeitraums vor 1971 unterscheidet. Wie die anderen westlichen Industrieländer wurde auch die Bundesrepublik von der Terteuerung des Erdöls und anderer wichtiger Rohstoffe empfindlich betroffen. Der damit implizierten Wohlstandsverlagerung von den Verbraucher- zu den Förderländern entsprach eine (z. T. auch binnenwirtschaftlich bedingte) Verringerung der realen Wachstumsrate von 5,3 % (1973) auf etwa 1/2 % (1974). Dagegen gelang es, die Preissteigerungsrate trotz der Rohstoffverteuerung nahezu konstant zu halten (7,2 gegen 6,9 %) Dies war aber eine restriktive Geldpolitik (Geldmengenvermehrung nur ca. 5 %) und eine Hochzinspolitik zu Lasten der Investitionen und besonders der Bauwirtschaft möglich. Als Konsequenz der mangelnden Möglichkeiten, die gestiegenen Lohnkosten voll auf die Preise zu überwälzen, ergab sich zudem eine Verschlechterung der unternehmerischen Gewinnerwartungen, die zu einem weiteren Rückgang der Investitionsbereitschaft führte. Insgesamt ergab sich sogar eine Abnahme der realen Investitionen um etwa 7,5 %. Zur Konjunkturlage Ende 1974 geben die Indikatoren in Abb. 17 (Seite 171) interessante Teilaspekte, die im Unterricht diskutiert werden sollten.

Diese Entwicklung konnte natürlich nicht ohne beschäftigungspolitische Folgen bleiben: seit dem Sommer 1974 stieg die Anzahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter, verstärkt durch die saisonalen Herbst- und

Wintereinflüsse, ständig und mit zunehmender Rate: Ende November 1974 gab es mit 800 000 Arbeitslosen, d. h. ca. 3,6 % Arbeitslosenquote, einen neuen Höchststand seit dem Ende der fünfziger Jahre. Trotz eines im Dezember 1974 beschlossenen umfangreichen Konjunkturprogramms, das insbesondere die unternehmerischen Investitionen und die Einstellung von Arbeitskräften begünstigt, und trotz einer Erhöhung der Massenkaukraft durch die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen im Zuge der am 1. 1. 75 in Kraft getretenen Steuerreform hielt bis Ende Januar die pessimistische Beurteilung der Konjunkturentwicklung an. Mit einem für Februar 1975 prognostizierten Stand von 1,3 Millionen Arbeitslosen (das entspräche einer Arbeitslosenquote von nahezu 6 %) dürfte allerdings auch schon der Konjunkturtiefpunkt erreicht sein. Immerhin ist es aufgrund dieser Entwicklung fraglich, ob die optimistischen Schätzungen des Sachverständigenrats (JG 1974/75) und der Bundesregierung (Jahreswirtschaftsbericht 1974, veröffentlicht Januar 1975) mit 2 bis 2,5 % Wachstum des realen Sozialprodukts realisiert werden können. Dagegen sind die Erwartungen über die Preissteigerungsrate 1975 mit 5,5 bis 6 % realistisch, falls nicht neue drastische Rohstoffverteuerungen eintreten. Angesichts der für deutsche Verhältnisse hohen Arbeitslosenquote ist dagegen mit „maßvollen“ Tarifabschlüssen im Winter und Frühjahr 1975 in der Größenordnung von 5 bis 8 % Nominallohnerhöhung zu rechnen, so daß von dieser Seite kaum Preisauftriebendenzen zu erwarten sind.

Im Vergleich zur Wirtschaftskrise 1966/67 (→ Wirtschaftskrise 66/67) ergibt sich eine wesentlich ungünstigere Kombination der wichtigsten makroökonomischen Daten: insbesondere liegen Arbeitslosenquote und Preissteigerungsrate erheblich über dem damaligen Stand. Für das Jahr 1975 wird eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von ca. 4 % (in absoluten Zahlen etwa jahresdurchschnittlich 900 000 Arbeitslose!) geschätzt; diese Zahl liegt etwa doppelt so hoch wie 1967 (vgl. Tabelle 10, Seite 164). Es kennzeichnet die grundlegend veränderte Situation der siebziger Jahre, daß die Bundesrepublik Deutschland auch mit diesen Zahlen und Aussichten innerhalb der westlichen Industrieländer eine besonders günstige Stellung hat. Hier ergeben sich interessante politisch-ökonomische Fragen für den internationalen Vergleich.

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts-

Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungen ⁴⁾	Staat ⁵⁾	Private Haushalte usw. ⁶⁾
			insgesamt	Ener-giewirt-schaft ²⁾ und Bergbau	Ver-arbei-tendes Ge-werbe	Bau-ge-werbe				
in jeweiligen Preisen										
1950	98,05	9,98	48,68	5,08	38,30	5,30	19,99	10,00	7,63	1,77
1951	120,01	12,04	61,81	6,27	49,03	6,51	23,75	11,61	8,76	2,04
1952	136,97	13,06	69,80	7,38	54,93	7,49	28,53	13,12	10,14	2,32
1953	147,72	13,16	76,89	8,61	59,35	8,93	29,34	14,68	10,98	2,67
1954	159,06	13,47	83,58	9,25	64,67	9,66	31,01	16,39	11,74	2,87
1955	182,00	14,23	97,16	9,98	75,28	11,90	36,03	18,57	12,86	3,15
1956	200,95	14,65	107,27	11,36	82,75	13,16	40,04	21,14	14,35	3,50
1957	218,89	15,27	116,04	12,36	89,90	13,78	44,40	23,38	15,99	3,81
1958	234,37	16,16	123,87	12,93	96,00	14,94	47,16	25,60	17,44	4,14
1959	255,14	16,47	136,59	13,51	105,34	17,74	51,28	28,45	17,97	4,38
1960	284,77	17,11	154,72	14,67	120,06	19,99	56,07	32,10	20,06	4,71
1960	302,55	17,31	164,69	15,95	127,55	21,19	59,31	34,44	21,84	4,96
1961	333,45	17,48	182,05	16,04	141,36	24,65	64,17	39,50	24,95	5,30
1962	360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71
1963	384,77	18,91	205,83	17,45	158,34	30,04	76,07	47,47	30,33	6,16
1964	422,14	20,39	227,39	18,07	174,75	34,57	82,40	52,27	33,18	6,51
1965	462,02	19,69	250,07	18,93	194,52	36,62	88,96	58,56	37,76	6,98
1966	492,10	20,71	262,12	19,60	203,12	39,40	94,71	64,71	42,22	7,63
1967	496,86	20,97	257,56	19,29	201,38	36,89	95,82	69,72	44,74	8,05
1968	540,54 ^{a)}	20,76	287,70	21,34	226,52	39,84	103,18	76,21	47,85	8,64
1969	605,68 ^{a)}	22,45	326,29	22,51	258,63	45,15	112,62	86,10	54,23	9,79
1970	686,96 ^{a)}	21,53	375,13	25,95	293,28	55,90	124,84	98,07	63,28	11,11
1971	759,60 ^{a)}	21,79	410,96	28,62	318,01	64,33	135,74	111,47	75,17	12,97
1965 1. Hj.	221,11	10,22	119,65	9,39	93,80	16,46	41,63	28,24	18,03	3,34
1965 2. Hj.	240,91	9,47	130,42	9,54	100,72	20,16	47,33	30,32	19,73	3,64
1966 1. Hj.	238,79	10,25	128,22	9,81	100,01	18,40	45,37	31,34	19,97	3,64
1966 2. Hj.	253,31	10,46	133,90	9,79	103,11	21,00	49,34	33,37	22,25	3,99
1967 1. Hj.	238,93	10,84	123,20	9,49	96,51	17,20	45,22	34,08	21,69	3,90
1967 2. Hj.	257,93	10,13	134,36	9,80	104,87	19,69	50,60	35,64	23,05	4,15
1968 1. Hj.	254,31 ^{a)}	10,02	133,81	10,35	105,75	17,71	48,15	37,03	22,87	4,13
1968 2. Hj.	286,23 ^{a)}	10,74	153,89	10,99	120,77	22,13	55,03	39,18	24,98	4,51
1969 1. Hj.	283,43 ^{a)}	11,26	150,96	10,97	120,74	19,25	52,39	41,76	25,27	4,59
1969 2. Hj.	322,25 ^{a)}	11,19	175,33	11,54	137,89	25,90	60,23	44,34	28,96	5,20
1970 1. Hj.	323,62 ^{a)}	10,79	175,57	12,75	139,40	23,42	58,10	47,01	30,10	5,25
1970 2. Hj.	363,34 ^{a)}	10,74	199,56	13,20	153,88	32,48	66,74	51,06	33,18	5,86
1971 1. Hj.	362,11 ^{a)}	10,69	196,23	14,08	153,79	28,36	63,75	54,10	35,50	6,14
1971 2. Hj.	397,49 ^{a)}	11,10	214,73	14,54	164,22	35,97	71,99	57,37	39,67	6,83
1972 1. Hj.	395,80 ^{a)}	11,14	212,66	68,77	61,18	46,65	...

¹⁾ Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.

²⁾ Einschließlich Wasserversorgung.

³⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

⁴⁾ Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.

⁵⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁶⁾ Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

DM

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungen ⁴⁾	Staat ⁵⁾	Private Haushalte usw. ⁶⁾
			insgesamt	Ener-giewirt-schaft ²⁾ und Bergbau	Ver-arbei-tendes Ge-werbe	Bau-ge-werbe				
in Preisen von 1962										
1950	143,49	13,01	63,85	8,64	45,08	10,13	29,65	17,58	15,00	4,40
1951	158,56	14,97	72,76	9,78	51,72	11,26	31,96	18,90	15,57	4,40
1952	172,58	15,10	81,50	10,26	58,68	12,56	33,97	20,99	16,38	4,64
1953	186,85	15,18	90,83	10,23	65,45	15,15	36,23	23,02	16,68	4,91
1954	201,30	15,52	99,91	10,73	73,08	16,10	38,75	24,67	17,47	4,98
1955	225,57	15,37	115,96	11,81	85,49	18,66	43,68	26,91	18,42	5,23
1956	241,77	15,27	125,10	12,83	92,41	19,86	48,11	28,96	18,93	5,40
1957	255,39	15,75	131,40	13,17	98,71	19,52	51,39	30,91	20,32	5,62
1958	264,42	16,71	136,74	12,95	103,66	20,13	52,11	32,14	21,01	5,71
1959	283,91	17,25	148,79	13,45	112,99	22,35	56,31	34,26	21,55	5,75
1960	309,37	17,92	165,47	14,62	127,56	23,29	61,43	36,46	22,51	5,58
1960	328,59	18,17	176,09	15,90	135,50	24,69	64,96	39,05	24,46	5,86
1961	347,06	18,35	188,01	16,07	145,06	26,88	67,77	41,35	25,91	5,67
1962	360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71
1963	373,28	18,68	202,29	17,20	156,51	28,58	72,98	44,99	28,54	5,80
1964	398,50	20,13	220,20	17,93	170,59	31,68	76,14	46,87	29,36	5,80
1965	421,03	17,88	236,20	18,28	185,03	32,89	80,69	49,72	30,74	5,80
1966	433,01	18,33	242,16	18,89	188,58	34,69	82,50	52,07	32,06	5,89
1967	432,09	20,50	236,06	18,15	184,41	33,50	82,65	53,86	33,07	5,95
1968	462,89	21,11	259,11	18,83	205,58	34,70	86,78	55,59	34,24	6,06
1969	500,94	20,38	286,89	20,10	230,19	36,60	94,00	58,26	35,22	6,19
1970	530,59	20,63	304,86	22,04	243,81	39,01	99,78	61,90	37,08	6,34
1971	545,02	21,80	311,75	22,82	248,14	40,79	101,98	64,35	38,68	6,46
1965 1. Hj.	203,65	9,61	113,63	9,11	89,63	14,89	37,87	24,48	15,17	2,89
1965 2. Hj.	217,38	8,27	122,57	9,17	95,40	18,00	42,82	25,24	15,57	2,91
1966 1. Hj.	212,05	9,09	118,80	9,45	93,25	16,10	39,66	25,65	15,91	2,94
1966 2. Hj.	220,96	9,24	123,36	9,44	95,33	18,59	42,84	26,42	16,15	2,95
1967 1. Hj.	207,71	10,20	112,74	8,92	88,44	15,38	38,88	26,50	16,43	2,96
1967 2. Hj.	224,38	10,30	123,32	9,23	95,97	18,12	43,77	27,36	16,64	2,99
1968 1. Hj.	219,84	10,82	121,01	9,16	96,38	15,47	40,46	27,49	17,05	3,01
1968 2. Hj.	243,05	10,29	138,10	9,67	109,20	19,23	46,32	28,10	17,19	3,05
1969 1. Hj.	238,35	10,29	135,12	9,85	109,32	15,95	43,73	28,66	17,48	3,07
1969 2. Hj.	262,59	10,09	151,77	10,25	120,87	20,65	50,27	29,60	17,74	3,12
1970 1. Hj.	255,37	9,84	146,06	11,00	118,40	16,66	47,45	30,49	18,38	3,15
1970 2. Hj.	275,22	10,79	158,80	11,04	125,41	22,35	52,33	31,41	18,70	3,19
1971 1. Hj.	285,61	10,78	151,79	11,48	122,05	18,26	48,84	31,79	19,20	3,21
1971 2. Hj.	279,41	11,02	159,96	11,34	126,09	22,53	53,14	32,56	19,48	3,25
1972 1. Hj.	271,90	9,82	156,03	49,89	32,69	23,47	...

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

³⁾ Die Summen der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sind größer als das Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Die Differenz ergibt sich aus der unterschiedlichen Buchung der Umsatzsteuer auf Investitionsgüter bzw. der Investitionssteuer in der Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Sozialprodukts.

Sozialprodukt und
Mrd.

Volkseinkommen
DM

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttoinlandsprodukt	Ab-schrei-bungen	Netto-sozialprodukt zu Markt-preisen	Indirekte Steuern *) abzüglich Subventionen *)	Netto-sozialprodukt zu Faktor-kosten (Volkseinkommen)
in jeweiligen Preisen							
1950	98,05	+0,05	98,10	8,32	89,78	12,84	76,94
1951	120,01	-0,01	120,00	10,12	109,88	16,64	93,24
1952	136,97	+0,03	137,00	11,55	125,45	19,74	105,71
1953	147,72	-0,02	147,70	11,99	135,71	21,80	113,91
1954	159,06	-0,46	158,60	12,65	145,95	23,42	122,53
1955	182,00	-0,60	181,40	14,05	167,35	26,37	140,98
1956	200,95	-0,45	200,50	15,79	184,71	28,17	156,54
1957	218,89	-0,39	218,50	17,74	200,76	29,47	171,29
1958	234,37	-0,07	234,30	19,59	214,71	31,43	183,28
1959	255,14	-0,24	254,90	21,47	233,43	34,94	198,49
1960	284,77	-0,07	284,70	24,27	260,43	38,17	222,26
1960	302,55	-0,25	302,30	25,73	276,57	40,87	235,70
1961	333,45	-0,85	332,60	29,26	303,34	45,33	258,01
1962	360,91	-0,81	360,10	33,48	326,62	49,17	277,45
1963	384,77	-0,77	384,00	37,19	346,81	51,05	295,76
1964	422,14	-1,24	420,90	41,17	379,73	55,48	324,25
1965	462,02	-1,62	460,40	46,21	414,19	58,94	355,25
1966	492,10	-1,40	490,70	50,68	440,02	62,93	377,09
1967	496,86	-1,36	495,50	53,80	441,70	65,71	375,99
1968	540,54	-0,54	540,00	57,40	482,60	65,74	416,86
1969	605,68	-0,48	605,20	63,95	541,25	80,60	460,65
1970	686,96	-1,36	685,60	74,78	610,82	81,63	529,19
1971	759,60	-0,80	758,80	85,11	673,69	90,98	582,71
1965 1. Hj.	221,11	-1,01	220,10	22,58	197,52	29,15	168,37
1965 2. Hj.	240,91	-0,61	240,30	23,63	216,67	29,79	186,88
1966 1. Hj.	238,79	-0,69	238,10	24,85	213,25	31,53	181,72
1966 2. Hj.	253,31	-0,71	252,60	25,83	226,77	31,40	195,37
1967 1. Hj.	238,93	-0,53	238,40	26,60	211,80	32,30	179,50
1967 2. Hj.	257,93	-0,83	257,10	27,20	229,90	33,41	196,49
1968 1. Hj.	254,31	-0,21	254,10	28,13	225,97	31,62	194,35
1968 2. Hj.	286,23	-0,33	285,90	29,27	256,63	34,12	222,51
1969 1. Hj.	283,43	-0,33	283,10	30,72	252,38	36,63	215,75
1969 2. Hj.	322,25	-0,15	322,10	33,23	288,87	43,97	244,90
1970 1. Hj.	323,62	-0,62	323,00	36,08	286,92	38,71	248,21
1970 2. Hj.	363,34	-0,74	362,60	38,70	323,90	42,92	280,98
1971 1. Hj.	362,11	+0,09	362,20	41,43	320,77	44,35	276,42
1971 2. Hj.	397,49	-0,89	396,60	43,68	352,92	46,63	306,29
1972 1. Hj.	395,80	-0,60	395,20	45,62	349,58	49,04	300,54

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttoinlandsprodukt	Ab-schrei-bungen	Netto-sozialprodukt zu Markt-preisen	Zeitraum
in Preisen von 1962						
1950	143,49	+0,11	143,60	12,70	130,90	1950
1951	158,56	+0,04	158,60	13,34	145,26	1951
1952	172,58	+0,12	172,70	14,06	158,64	1952
1953	186,85	+0,05	186,90	14,91	171,99	1953
1954	201,30	-0,50	200,80	15,93	184,87	1954
1955	225,57	-0,67	224,90	17,36	207,54	1955
1956	241,77	-0,47	241,30	19,00	222,30	1956
1957	255,39	-0,39	255,00	20,69	234,31	1957
1958	264,42	+0,08	264,50	22,37	242,13	1958
1959	283,91	-0,11	283,80	24,25	259,55	1959
1960	309,37	+0,03	309,40	26,51	282,89	1960
1960	328,59	-0,19	328,40	28,09	300,31	1960
1961	347,06	-0,86	346,20	30,65	315,55	1961
1962	360,91	-0,81	360,10	33,48	326,62	1962
1963	373,28	-0,78	372,50	36,36	336,14	1963
1964	398,50	-1,20	397,30	39,35	357,95	1964
1965	421,03	-1,53	419,50	42,66	376,84	1965
1966	433,01	-1,31	431,70	46,05	385,65	1966
1967	432,09	-1,29	430,80	49,11	381,69	1967
1968	462,89	-0,59	462,30	52,20	410,10	1968
1969	500,94	-0,54	500,40	55,84	444,56	1969
1970	530,59	-1,19	529,40	59,73	469,67	1970
1971	545,02	-0,72	544,30	64,08	480,22	1971
1965 1. Hj.	203,65	-0,95	202,70	20,92	181,78	1965 1. Hj.
1965 2. Hj.	217,38	-0,58	216,80	21,74	195,06	1965 2. Hj.
1966 1. Hj.	212,05	-0,65	211,40	22,62	188,78	1966 1. Hj.
1966 2. Hj.	220,96	-0,66	220,30	23,43	196,87	1966 2. Hj.
1967 1. Hj.	207,71	-0,51	207,20	24,13	183,07	1967 1. Hj.
1967 2. Hj.	224,38	-0,78	223,60	24,98	198,62	1967 2. Hj.
1968 1. Hj.	219,84	-0,24	219,60	25,69	193,91	1968 1. Hj.
1968 2. Hj.	243,05	-0,35	242,70	26,51	216,19	1968 2. Hj.
1969 1. Hj.	238,35	-0,35	238,00	27,45	210,55	1969 1. Hj.
1969 2. Hj.	262,59	-0,19	262,40	28,39	234,01	1969 2. Hj.
1970 1. Hj.	255,37	-0,57	254,80	29,37	225,43	1970 1. Hj.
1970 2. Hj.	275,22	-0,62	274,60	30,36	244,24	1970 2. Hj.
1971 1. Hj.	265,61	-0,01	265,60	31,48	234,12	1971 1. Hj.
1971 2. Hj.	279,41	-0,71	278,70	32,60	246,10	1971 2. Hj.
1972 1. Hj.	271,90	-0,50	271,40	33,70	237,70	1972 1. Hj.

*) Einschließlich der Einnahmen des Staates aus dem Preisausgleich, der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, der von Unternehmen gezahlten Verwaltungsgebühren und der von der EGKS erhobenen Umlagen.
 **) Einschließlich der Ausgaben des Staates für den Preisausgleich und der Zahlungen der EGKS.

*) Ohne Saarland und Berlin.
 **) Vorläufige Ergebnisse.

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd. DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
		brutto ¹⁾	netto ²⁾	insgesamt		der privaten Haushalte ³⁾	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit ⁴⁾ = unverteilte Gewinne	des Staates ⁵⁾
				brutto	netto			
1950	76,94	44,97	35,76	31,97	25,23	26,42	5,04	0,51
1951	93,24	54,53	42,77	38,71	30,90	32,22	5,59	0,90
1952	105,71	60,80	47,31	44,91	34,95	35,75	7,75	1,41
1953	113,91	67,14	52,32	46,77	35,16	36,72	8,55	1,50
1954	122,53	73,37	57,47	49,16	37,21	38,77	8,85	1,54
1955	140,98	83,67	65,29	57,31	45,26	44,68	10,48	2,15
1956	156,54	93,79	72,91	62,75	49,52	49,22	11,35	2,18
1957	171,29	102,87	79,39	68,42	53,45	53,32	12,49	2,61
1958	183,28	111,63	84,55	71,65	56,66	56,16	12,95	2,54
1959	198,49	119,56	90,92	78,93	61,47	61,99	14,65	2,29
1960	222,26	134,16	100,72	88,10	68,14	68,89	16,47	2,74
1960	235,70	142,83	107,25	92,87	71,98	72,54	17,49	2,84
1961	258,01	160,51	119,92	97,50	73,44	76,46	17,65	3,39
1962	277,45	177,48	132,04	99,97	73,66	79,00	17,39	3,58
1963	295,76	190,44	140,97	105,32	78,01	84,25	17,34	3,73
1964	324,25	208,42	154,19	115,83	87,12	92,70	19,20	3,93
1965	355,25	229,99	171,56	125,26	96,07	102,42	19,03	3,81
1966	377,09	247,56	181,65	129,53	99,32	106,95	18,87	3,71
1967	375,99	247,90	180,78	128,09	98,23	106,95	18,04	3,10
1968	416,86	266,31	190,76	150,55	118,16	123,23	23,70	3,62
1969	460,65	300,14	210,52	160,51	124,42	131,04	25,41	4,06
1970	529,19	353,19	241,65	176,00	141,04	146,66	25,18	4,16
1971	582,71	400,20	267,25	182,51	145,36	152,33	25,61	4,57
1965 1. Hj.	168,37	109,44	83,20	58,93	44,17	.	.	1,48
1965 2. Hj.	186,88	120,55	88,36	66,33	51,90	.	.	2,33
1966 1. Hj.	181,72	119,30	89,10	62,42	46,48	.	.	1,59
1966 2. Hj.	195,37	128,26	92,55	67,11	52,84	.	.	2,12
1967 1. Hj.	179,50	120,30	89,23	59,20	44,16	.	.	1,30
1967 2. Hj.	196,49	127,60	91,55	68,89	54,07	.	.	1,80
1968 1. Hj.	194,35	126,33	91,91	68,02	52,25	.	.	1,42
1968 2. Hj.	222,51	139,98	98,85	82,53	65,91	.	.	2,20
1969 1. Hj.	215,75	140,69	100,71	75,06	57,80	.	.	1,86
1969 2. Hj.	244,90	159,45	109,81	85,45	66,62	.	.	2,20
1970 1. Hj.	248,21	166,06	116,13	82,15	65,46	.	.	1,68
1970 2. Hj.	280,98	187,13	125,52	93,85	75,58	.	.	2,48
1971 1. Hj.	276,42	191,11	129,15	85,31	67,21	.	.	2,20
1971 2. Hj.	306,29	209,09	138,10	97,20	78,15	.	.	2,37
1972 1. Hj.	300,54	209,26	142,76	91,28	73,66	.	.	1,19

¹⁾ Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.

²⁾ Bruttoeinkommen minus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und minus Lohnsteuer.

³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

⁴⁾ Einschließlich der netto im Haushalt verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und der Einzelunternehmen u. ä. im Bereich „Kreditinstitute“.

⁵⁾ Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

⁶⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Tatsächliche ¹⁾ Rechnerische ²⁾		Arbeitnehmer- quote ³⁾	Arbeits- quote ⁴⁾
		Lohnquote			
	Veränderung gegen Vorjahr in vH	vH			
1960		60,6	60,6	77,2	78,5
1961	+ 9,5	62,2	61,6	78,0	79,8
1962	+ 7,5	64,0	62,8	78,6	81,4
1963	+ 6,6	64,4	62,7	79,3	81,2
1964	+ 9,6	64,3	62,1	79,9	80,5
1965	+ 9,6	64,7	62,1	80,4	80,5
1966	+ 6,1	65,7	62,7	80,8	81,3
1967	- 0,3	65,9	63,2	80,6	81,8
1968	+10,9	63,9	60,9	81,0	78,9
1969	+10,5	65,2	61,5	81,7	79,7
1970	+14,9	66,7	62,5	82,5	80,9
1971	+10,1	68,7	63,8	83,1	82,6
1972 ⁵⁾	+ 9,5	68,3	63,2	83,5	81,9

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.

²⁾ Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.

³⁾ Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen.

⁴⁾ Bruttoarbeitslohn der Arbeitnehmer plus Arbeitseinkommen der Selbständigen (unter der Annahme gleichen durchschnittlichen Arbeitseinkommens wie der Arbeitnehmer) in vH des Volkseinkommens.

⁵⁾ Eigene Schätzung.

Tabelle 4 a

	Zielprojektion des DGB ¹⁾		
1970	67,2 ²⁾	64,6 ³⁾	63,0 ⁴⁾
1971	69,0	64,9	64,5
1972	69,9	65,2	65,0
1973	70,8	65,5	65,5
1974	71,7	65,8	66,0
1975	72,5	66,1	66,4

¹⁾ Schätzung des Sachverständigenrates (JG 1970/71) auf Grundlage der DGB-Zielprojektion für 1971-1975

²⁾ Tatsächliche Lohnquote

³⁾ Rechnerische Lohnquote bei konstant gehaltener Einkommensrelation

⁴⁾ Rechnerische Lohnquote bei konstant gehaltener Beschäftigungsstruktur (= rechnerische Lohnquote in Tabelle 4, 3. Spalte)

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaft
Schätzung für das 2. Halbjahr 1972

Absolute Werte

	Einheit	1971	1972	1973	1972		1973	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
Privater Verbrauch	Mrd. DM	409,1	448,2	496,4	210,6	237,6	232,7	263,7
Staatsverbrauch	Mrd. DM	130,7	148,2	169,0	68,5	79,7	78,1	90,9
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd. DM	202,9	215,3	239,9	101,1	114,2	107,9	132,0
Ausrüstungen	Mrd. DM	90,9	92,8	102,6	45,1	47,7	48,5	54,1
Bauten	Mrd. DM	112,0	122,5	137,3	56,0	66,5	59,4	77,9
Vorratsveränderungen	Mrd. DM	+ 6,0	+ 8,1	+15,0	+10,0	-1,9	+13,0	+2,0
Außenbeitrag	Mrd. DM	+10,1	+11,1	+ 9,4	+ 5,1	+6,0	+ 3,8	+5,6
Ausfuhr	Mrd. DM	173,0	185,7	210,6	89,6	96,1	99,8	110,8
Einfuhr	Mrd. DM	163,0	174,7	201,2	84,6	90,1	96,0	105,2
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	758,8	830,8	929,7	395,2	435,6	435,5	494,2
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1962 = 100	129,9	137,3	145,9	135,6	138,9	144,6	147,0
Bruttoanlageinvestitionen	1962 = 100	138,6	143,2	150,7	141,7	144,4	147,8	153,1
Bruttosozialprodukt	1962 = 100	139,4	148,2	157,3	145,6	150,7	154,3	160,1
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	27 173	26 930	26 965	26 856	27 000	26 790	27 135
Arbeitszeit	Stunden
Arbeitsvolumen	Mrd. Std.
Produktivität	DM je Std.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd. DM	545,0	561,6	592,2	271,9	289,7	282,8	309,4
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	400,2	436,3	490,4	209,3	227,0	232,9	257,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschl. Staat)	Mrd. DM	182,5	201,4	227,3	91,3	110,1	98,9	128,4
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	Mrd. DM	582,7	637,7	717,7	300,5	337,1	331,8	385,9
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	267,3	290,9	312,8	142,8	148,1	151,6	161,2
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	Mrd. DM	140,7	160,1	182,4	72,5	87,6	78,0	104,4
Laufende Übertragungen vom Staat	Mrd. DM	95,6	109,4	121,9	53,4	56,0	58,8	63,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd. DM	469,1	517,9	568,1	240,9	277,0	261,7	306,4

schaftlichen Gesamtrechnungen
und Prognose für das Jahr 1973¹⁾

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1971	1972	1973	1972		1973	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
Privater Verbrauch	+10,9	+ 9 ¹ / ₂	+11	+ 9,4	+ 9 ¹ / ₂	+10 ¹ / ₂	+11
Staatsverbrauch	+19,8	+13 ¹ / ₂	+14	+13,1	+13 ¹ / ₂	+14	+14
Bruttoanlageinvestitionen	+12,1	+ 6	+11 ¹ / ₂	+ 7,2	+ 5	+ 6 ¹ / ₂	+15 ¹ / ₂
Ausrüstungen	+ 9,7	+ 2	+10 ¹ / ₂	+ 1,0	+ 3	+ 7 ¹ / ₂	+13 ¹ / ₂
Bauten	+14,1	+ 9 ¹ / ₂	+12	+12,9	+ 6 ¹ / ₂	+ 6	+17
Vorratsveränderungen
Außenbeitrag
Ausfuhr	+ 9,1	+ 7 ¹ / ₂	+13 ¹ / ₂	+ 6,3	+ 8 ¹ / ₂	+11 ¹ / ₂	+15 ¹ / ₂
Einfuhr	+10,5	+ 7	+15	+ 6,5	+ 8	+13 ¹ / ₂	+17
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	+10,7	+ 9 ¹ / ₂	+12	+ 9,1	+10	+10	+13 ¹ / ₂
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 5,1	+ 5 ¹ / ₂ bis 6	+ 6 bis 6 ¹ / ₂	+ 5,3	+ 6	+ 6 ¹ / ₂	+ 6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7,3	+ 3 ¹ / ₂	+ 5	+ 4,0	+ 2 ¹ / ₂	+ 4 ¹ / ₂	+ 6
Bruttosozialprodukt	+ 7,6	+ 6 ¹ / ₂	+ 6	+ 6,7	+ 6	+ 6	+ 6
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	- 0,1	- 1	+ 0	- 1,0	- 1/2	- 0	+ 1/2
Arbeitszeit ²⁾	- 1,5	- 1/2	+ 1/2	- 0,6	- 1	- 0	+ 1/2
Arbeitsvolumen	- 1,4	- 1 ¹ / ₂	+ 1/2	- 1,6	- 2	- 1/2	+ 1
Produktivität	+ 4,1	+ 4 ¹ / ₂	+ 5	+ 4,1	+ 5 ¹ / ₂	+ 4 ¹ / ₂	+ 6
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 2,7	+ 3	+ 5 ¹ / ₂	+ 2,4	+ 3 ¹ / ₂	+ 4	+ 7
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+13,3	+ 9	+12 ¹ / ₂	+ 9,5	+ 8 ¹ / ₂	+11 ¹ / ₂	+13 ¹ / ₂
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschl. Staat)	+ 3,7	+10 ¹ / ₂	+13	+ 7,0	+13 ¹ / ₂	+ 8 ¹ / ₂	+16 ¹ / ₂
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	+10,1	+ 9 ¹ / ₂	+12 ¹ / ₂	+ 8,7	+10	+10 ¹ / ₂	+14 ¹ / ₂
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+10,6	+ 9	+ 7 ¹ / ₂	+10,5	+ 7	+ 6	+ 9
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	+ 2,9	+14	+14	+11,5	+15 ¹ / ₂	+ 7 ¹ / ₂	+19
Laufende Übertragungen vom Staat	+11,1	+14 ¹ / ₂	+11 ¹ / ₂	+13,5	+15 ¹ / ₂	+10	+12 ¹ / ₂
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+11,0	+10 ¹ / ₂	+ 9 ¹ / ₂	+12,1	+ 9	+ 8 ¹ / ₂	+10 ¹ / ₂

¹⁾ Veränderungsraten gerundet.

²⁾ Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Die wichtigsten Daten der Volkswirt
Schätzung für das 2. Halbjahr 1974

Absolute Werte

	Einheit	1973	1974	1975	1974		1975	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen								
Privater Verbrauch	Mrd DM	496,8	530,9	578,7	253,0	277,9	275,4	303,3
Staatsverbrauch	Mrd DM	168,6	194,2	214,6	89,0	105,2	98,5	116,1
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾ ..	Mrd DM	230,0	227,7	234,9	108,5	119,2	109,3	125,6
Ausrüstungen	Mrd DM	96,5	93,9	100,0	45,4	48,5	48,3	51,7
Bauten	Mrd DM	133,6	133,8	134,9	63,1	70,7	61,0	73,9
Vorratsveränderungen	Mrd DM	+ 9,6	+ 4,4	+ 6,2	+ 7,4	- 3,0	+ 8,2	- 2,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+25,3	+37,9	+40,6	+20,7	+17,2	+20,5	+20,1
Ausfuhr	Mrd DM	226,2	299,1	337,7	142,7	156,4	163,9	173,8
Einfuhr	Mrd DM	200,8	261,2	297,1	122,0	139,2	143,4	153,7
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962	Mrd DM	930,3	995,1	1 075,0	478,6	516,5	511,9	563,1
Privater Verbrauch	Mrd DM	337,8	336,1	346,3	162,1	174,0	166,0	180,3
Staatsverbrauch	Mrd DM	79,9	82,8	84,3	39,5	43,3	40,1	44,2
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	152,1	140,8	138,3	68,3	72,5	65,2	73,1
Ausrüstungen	Mrd DM	75,3	68,9	68,9	34,1	34,8	33,6	35,3
Bauten	Mrd DM	76,8	72,0	69,4	34,3	37,7	31,6	37,8
Ausfuhr	Mrd DM	196,8	225,7	234,9	112,5	113,2	115,2	119,7
Einfuhr	Mrd DM	180,8	192,1	201,3	93,3	98,8	98,5	102,8
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	593,8	596,4	607,6	294,4	302,0	294,4	313,2
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1962 = 100	147,0	158,0	167,1	156,1	159,7	165,9	168,2
Bruttosozialprodukt	1962 = 100	156,7	166,9	176,9	162,6	171,0	173,9	179,8
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige ²⁾	1 000	26 659	26 190	25 825	26 265	26 115	25 665	25 985
Arbeitszeit	Stunden
Arbeitsvolumen	Mrd Std.
Produktivität	DM je Std.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd DM	594,1	596,7	607,9	294,9	301,8	294,9	313,0
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ..	Mrd DM	498,5	546,9	590,5	261,0	285,9	279,1	311,4
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	218,7	217,9	235,3	105,4	112,5	111,2	124,1
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	Mrd DM	717,3	764,8	825,8	366,4	398,4	390,3	435,5
Nettoeinkommen ⁴⁾								
aus unselbständiger Arbeit ..	Mrd DM	317,7	341,7	373,8	167,5	174,2	181,4	192,4
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	169,0	167,2	185,4	80,6	86,7	87,5	97,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd DM	574,7	616,8	672,0	294,2	322,6	320,6	351,4

1) Einschließlich Investitionsteuer.

2) Ab 1974 eigene Schätzung.

schafflichen Gesamtrechnungen
und Vorausschau auf das Jahr 1975

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1973	1974	1975	1974		1975	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen							
Privater Verbrauch	+10,2	+ 7	+ 9	+ 6,6	+ 7	+ 9	+ 9
Staatsverbrauch	+15,1	+15	+10 ^{1/2}	+15,5	+15	+10 ^{1/2}	+10 ^{1/2}
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,8	- 1	+ 3	- 0,8	- 1	+ 1 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}
Ausrüstungen	+ 4,3	- 2 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}	- 3,6	- 1 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}
Bauten	+ 6,9	+ 0	+ 1	+ 1,3	- 1	- 3 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Vorratsveränderungen
Außenbeitrag
Ausfuhr	+18,9	+32	+13	+32,5	+32	+15	+11
Einfuhr	+14,9	+30	+13 ^{1/2}	+27,1	+33	+17 ^{1/2}	+10 ^{1/2}
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962	+11,5	+ 7	+ 8	+ 7,0	+ 7	+ 7	+ 9
Privater Verbrauch	+ 2,9	- 1 ^{1/2}	+ 3	- 1,1	± 0	+ 2 ^{1/2}	+ 3 ^{1/2}
Staatsverbrauch	+ 4,0	+ 3 ^{1/2}	+ 2	+ 4,0	+ 3	+ 1 ^{1/2}	+ 2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,1	- 7 ^{1/2}	- 2	- 7,2	- 7 ^{1/2}	- 4 ^{1/2}	+ 1
Ausrüstungen	+ 2,0	- 8 ^{1/2}	± 0	- 9,0	- 8	- 1 ^{1/2}	+ 1 ^{1/2}
Bauten	+ 0,3	- 6	- 3 ^{1/2}	- 5,4	- 7	- 6	+ 1 ^{1/2}
Ausfuhr	+16,2	+14 ^{1/2}	+ 4	+17,6	+12	+ 2 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}
Einfuhr	+ 9,8	+ 6 ^{1/2}	+ 5	+ 3,6	+ 9	+ 5 ^{1/2}	+ 4
Bruttosozialprodukt	+ 5,3	+ 1 ^{1/2}	+ 2	+ 1,3	- 1 ^{1/2}	± 0	+ 3 ^{1/2}
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 7,0	+ 7 ^{1/2}	+5 ^{1/2} bis 6	+ 7,7	+ 7	+ 6 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}
Bruttosozialprodukt	+ 5,9	+ 6 ^{1/2}	+ 6	+ 5,7	+ 7 ^{1/2}	+ 7	+ 5
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,3	- 2	- 1 ^{1/2}	- 1,2	- 2 ^{1/2}	- 2	- 1 ^{1/2}
Arbeitszeit ²⁾	- 0,6	- 1 ^{1/2}	- 1	- 1,3	- 1	- 1 ^{1/2}	- 1 ^{1/2}
Arbeitsvolumen	- 0,3	- 3	- 2 ^{1/2}	- 2,5	- 3 ^{1/2}	- 3 ^{1/2}	- 1
Produktivität	+ 5,6	+ 3 ^{1/2}	+ 4	+ 4,0	+ 3	+ 3 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 5,3	+ 1 ^{1/2}	+ 2	+ 1,4	- 1 ^{1/2}	± 0	+ 3 ^{1/2}
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ..	+13,5	+ 9 ^{1/2}	+ 8	+10,1	+ 9 ^{1/2}	+ 7	+ 9
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 9,0	- 1 ^{1/2}	+ 8	- 0,4	- 1 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}	+10 ^{1/2}
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	+12,1	+ 6 ^{1/2}	+ 8	+ 6,9	+ 6 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}	+ 9 ^{1/2}
Nettoeinkommen ⁴⁾							
aus unselbständiger Arbeit ..	+ 8,9	+ 7 ^{1/2}	+ 9 ^{1/2}	+ 8,7	+ 6 ^{1/2}	+ 8 ^{1/2}	+10 ^{1/2}
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 4,9	- 1	+11	- 3,3	+ 1	+ 8 ^{1/2}	+13
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 9,1	+ 7 ^{1/2}	+ 9	+ 7,2	+ 7 ^{1/2}	+ 9	+ 9

2) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

4) Für 1975 einschließlich der Erhöhung des Kindergeldes.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft ¹⁾		Produzierendes Gewerbe ²⁾		Handel und Verkehr ^{3) 5)}		Ubrige Bereiche ^{4) 5)}	
	Selbstständige ⁶⁾	Abhängige	Erwerbstätige							
			insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige
1950	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960	23,0	76,9	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,8	77,2	13,8	2,0	47,7	43,5	17,2	13,2	21,3	18,6
1961	22,0	78,0	13,0	1,8	48,1	44,2	17,4	13,3	21,6	18,7
1962	21,4	78,6	12,6	1,7	48,2	44,6	17,3	13,3	21,8	19,0
1963	20,7	79,3	12,0	1,6	48,2	44,7	17,6	13,6	22,1	19,3
1964	20,1	79,9	11,4	1,4	48,3	44,7	17,6	13,8	22,7	19,9
1965	19,6	80,4	10,9	1,4	48,7	45,1	17,6	13,9	22,8	20,0
1966	19,2	80,8	10,6	1,3	48,4	45,0	17,7	14,0	23,3	20,5
1967	19,4	80,6	10,4	1,2	47,1	43,7	18,0	14,2	24,5	21,4
1968	19,0	81,0	10,0	1,2	47,4	44,1	17,9	14,2	24,8	21,5
1969	18,3	81,7	9,4	1,1	48,2	45,0	17,6	14,1	24,7	21,5
1970	17,5	82,5	8,8	1,0	48,7	45,5	17,7	14,2	24,8	21,7
1971	16,9	83,1	8,2	1,0	48,6	45,5	17,9	14,5	25,2	22,1

¹⁾ Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.

²⁾ Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.

³⁾ Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

⁴⁾ Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ohne Angabe des Wirtschaftsbereiches.

⁵⁾ Ab 1960 (Bundesgebiet) geänderte Abgrenzung durch Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (1961).

⁶⁾ Einschließlich mithelfende Familienangehörige.

⁷⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Ein- wohner (Wohn- bevölke- rung)	Erwerbs- personen	Erwerbs- quote ¹⁾	Erwerbstätige			Offene Stellen	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote ²⁾
				ins- gesamt	darunter Abhängige				
					zu- sammen	dar. nicht- deutsche Arbeit- nehmer ³⁾			
1000		vH		1000			vH		
1950	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	116	1 580	10,4
1951	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	116	1 432	9,1
1952	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	115	1 379	8,5
1953	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	123	1 259	7,6
1954	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	137	1 221	7,1
1955	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	200	928	5,2
1956	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	219	761	4,2
1957	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	217	662	3,5
1958	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	216	683	3,6
1959	51 634	24 857	48,1	24 381	18 508	167	280	476	2,5
1960	52 183	25 027	48,0	24 792	19 005	.	449	235	1,2
1960	55 433	26 511	47,8	26 240	20 252	279	465	271	1,3
1961	56 175	26 772	47,7	26 591	20 730	507	552	181	0,9
1962	56 837	26 938	47,4	26 783	21 053	629	574	155	0,7
1963	57 389	27 066	47,2	26 880	21 303	773	555	186	0,9
1964	57 971	27 148	46,8	26 979	21 547	902	609	169	0,8
1965	58 619	27 300	46,6	27 153	21 841	1 119	649	147	0,7
1966	59 148	27 243	46,1	27 082	21 870	1 244	540	161	0,7
1967	59 286	26 751	45,1	26 292	21 180	1 014	302	459	2,1
1968	59 500	26 665	44,8	26 342	21 330	1 019	488	323	1,5
1969	60 067	27 001	45,0	26 822	21 920	1 366	747	179	0,8
1970	60 651	27 353	45,1	27 204	22 433	1 807	795	149	0,7
1971	61 284	27 358	44,6	27 173	22 583	2 128	648	185	0,8
1965 1. Hj.	58 443	27 215	46,6	27 022	21 682	1 053	631	193	0,9
1965 2. Hj.	58 795	27 385	46,6	27 284	22 000	1 184	667	101	0,5
1966 1. Hj.	59 016	27 253	46,2	27 084	21 839	1 222	589	169	0,8
1966 2. Hj.	59 280	27 233	45,9	27 080	21 901	1 266	490	153	0,7
1967 1. Hj.	59 262	26 806	45,2	26 270	21 140	1 049	288	536	2,5
1967 2. Hj.	59 311	26 697	45,0	26 314	21 220	978	316	383	1,8
1968 1. Hj.	59 376	26 548	44,7	26 099	21 077	955	404	449	2,1
1968 2. Hj.	59 625	26 783	44,9	26 585	21 583	1 083	573	198	0,9
1969 1. Hj.	59 888	26 841	44,8	26 599	21 687	1 241	689	242	1,1
1969 2. Hj.	60 247	27 160	45,1	27 045	22 153	1 490	805	115	0,5
1970 1. Hj.	60 532	27 208	44,9	27 022	22 242	1 684	806	186	0,8
1970 2. Hj.	60 889	27 498	45,2	27 386	22 625	1 930	784	112	0,5
1971 1. Hj.	61 141	27 333	44,7	27 132	22 486	2 048	680	201	0,9
1971 2. Hj.	61 427	27 382	44,6	27 213	22 679	2 208	616	169	0,7
1972 1. Hj.	61 576	27 157	44,1	26 876	22 380	...	525	281	1,2

¹⁾ Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.

²⁾ Jahreszahlen: Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni. — Halbjahreszahlen: eigene Schätzung.

³⁾ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).

⁴⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto-		Netto-		Bruttoinlands- produkt ²⁾ je Erwerbstätigen ²⁾ (Produktivität)		Lohn- kosten je Produkt- einheit ⁴⁾
			einkommen						
	DM	1960=100	aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen ³⁾		DM	1960=100	DM	1960=100	
1950	1 640	38,5	3 289	46,6	2 615	49,3	7 183	57,1	81,5
1951	1 967	46,2	3 817	54,1	2 994	56,5	7 737	61,5	87,7
1952	2 215	52,0	4 121	58,4	3 207	60,5	8 267	65,8	88,6
1953	2 365	55,5	4 376	62,0	3 410	64,3	8 737	69,5	89,1
1954	2 515	59,1	4 595	65,1	3 599	67,9	9 168	72,9	89,1
1955	2 865	67,3	4 969	70,4	3 877	73,2	9 898	78,7	89,3
1956	3 144	73,8	5 365	76,0	4 170	78,7	10 338	82,2	92,3
1957	3 396	79,7	5 718	81,0	4 413	83,3	10 694	85,1	95,2
1958	3 590	84,3	6 138	87,0	4 649	87,7	11 034	87,8	98,9
1959	3 844	90,3	6 460	91,5	4 912	92,7	11 740	93,4	98,0
1960	4 259	100	7 059	100	5 300	100	12 571	100	100
1960	4 252	100	7 053	100	5 296	100	12 597	100	100
1961	4 593	108,0	7 743	109,8	5 785	109,2	13 120	104,2	105,4
1962	4 873	114,6	8 430	119,5	6 272	118,4	13 549	107,6	111,3
1963	5 136	120,8	8 940	126,8	6 617	124,9	13 958	110,8	114,5
1964	5 565	130,9	9 673	137,1	7 156	135,1	14 838	117,8	116,4
1965	6 020	141,6	10 530	149,3	7 855	148,3	15 567	123,6	120,9
1966	6 323	148,7	11 320	160,5	8 306	156,8	16 050	127,4	126,1
1967	6 280	147,7	11 704	165,9	8 535	161,2	16 510	131,1	126,6
1968	7 006	164,8	12 485	177,0	8 943	168,9	17 651	140,1	126,4
1969	7 669	180,4	13 693	194,1	9 604	181,3	18 750	148,8	130,5
1970	8 725	205,2	15 744	223,2	10 772	203,4	19 566	155,3	143,7
1971	9 508	223,6	17 721	251,3	11 834	223,5	20 113	159,7	157,5
1965 1. Hj.	2 863	134,7	5 048	143,1	3 837	144,9	7 568	120,2	119,1
1965 2. Hj.	3 156	148,4	5 480	155,4	4 016	151,7	7 997	127,0	122,5
1966 1. Hj.	3 055	143,7	5 463	154,9	4 080	154,1	7 860	124,8	124,1
1966 2. Hj.	3 267	153,7	5 856	166,1	4 226	159,6	8 190	130,0	127,9
1967 1. Hj.	3 000	141,1	5 691	161,4	4 221	159,4	7 943	126,1	128,0
1967 2. Hj.	3 279	154,2	6 013	170,5	4 314	162,9	8 567	136,0	125,4
1968 1. Hj.	3 273	154,0	5 994	170,0	4 361	164,7	8 463	134,4	126,6
1968 2. Hj.	3 732	175,5	6 486	183,9	4 580	173,0	9 182	145,8	126,3
1969 1. Hj.	3 603	169,5	6 487	183,9	4 644	175,4	8 998	142,8	128,8
1969 2. Hj.	4 065	191,2	7 198	204,1	4 957	187,2	9 745	154,7	132,0
1970 1. Hj.	4 100	192,9	7 466	211,7	5 221	197,2	9 483	150,5	140,7
1970 2. Hj.	4 615	217,1	8 271	234,5	5 548	209,5	10 079	160,0	146,8
1971 1. Hj.	4 521	212,7	8 499	241,0	5 744	216,9	9 818	155,9	154,6
1971 2. Hj.	4 986	234,5	9 220	261,4	6 089	229,9	10 294	163,4	160,2
1972 1. Hj.	4 881	229,6	9 350	265,1	6 379	240,9	10 150	161,1	164,6

¹⁾ Inländerkonzept (nach dem Wohnort).

²⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.

³⁾ Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).

⁴⁾ Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$

⁵⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern ¹⁾
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1973	1974		
							4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bundesrepublik Deutschland	+1,6	+1,9	+3,4	+5,3	+5,5	+ 6,9	+ 7,3	+ 7,4	+ 7,1	+ 7,0
Frankreich	+4,8	+6,4	+5,3	+5,5	+5,9	+ 7,3	+ 8,3	+11,3	+13,6	+14,6
Italien	+1,3	+2,6	+5,0	+5,0	+5,5	+10,8	+11,1	+13,7	+15,9	+20,8
Niederlande	+3,7	+7,5	+4,4	+7,5	+7,8	+ 8,0	+ 8,0	+ 8,7	+ 8,8	+ 9,8
Belgien	+2,7	+3,7	+4,0	+4,3	+5,5	+ 7,0	+ 6,9	+ 8,4	+11,5	+14,6
Großbritannien	+4,8	+5,4	+6,4	+9,5	+7,0	+ 9,2	+ 9,2	+12,3	+16,1	+17,0
Irland	+4,8	+7,4	+8,2	+8,9	+8,7	+11,3	+12,7	+13,4	+16,3	+17,9
Dänemark	+9,6	+3,3	+6,4	+6,0	+6,6	+ 8,8	+11,2	+13,6	+14,8	+15,9 ^{a)}
EG der Neun ²⁾	+3,3	+4,2	+4,9	+6,2	+6,1	+ 8,2	+ 8,7	+10,6	+12,4	+13,8 ^{a)}
Schweiz	+2,4	+2,6	+3,5	+6,6	+6,7	+ 8,7	+10,8	+10,4	+ 9,4	+10,6
Schweden	+1,9	+2,7	+7,1	+7,3	+6,0	+ 6,7	+ 8,0	+12,4	+13,7	+14,4 ^{a)}
Osterreich	+2,6	+3,4	+4,1	+4,7	+6,3	+ 6,0	+ 7,7	+ 8,5	+ 9,9	+10,1
Vereinigte Staaten	+4,2	+5,4	+5,9	+4,3	+3,3	+ 6,2	+ 8,4	+ 9,8	+10,7	+11,6
Japan	+5,5	+5,2	+7,6	+6,3	+4,3	+11,7	+15,8	+23,3	+22,7	+23,4
Kanada	+4,1	+4,6	+3,3	+2,9	+4,8	+ 6,1	+ 9,0	+ 9,7	+10,7	+11,0

¹⁾ Aus Angaben in Landeswährung.

²⁾ Zusammengewogen mit den Anteilen am Privaten Verbrauch (in jeweiligen Preisen) im Jahre 1971; auch 1968 bis 1973 einschließlich Großbritannien, Irland, Dänemark.

a) Schätzung.

Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

Beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾ und Arbeitslose ²⁾ in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG ins- gesamt ³⁾	Bundes- republik Deutsch- land ⁴⁾	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Belgien	Luxem- burg	Groß- britan- nien	Irland ⁵⁾	Däne- mark
Beschäftigte Arbeitnehmer										
1956	48 016 ^{a)}	17 483	13 354	11 345	3 125	2 625 ^{a)}	.	22 727	.	.
1957	49 232 ^{a)}	17 992	13 694	11 624	3 167	2 669 ^{a)}	.	22 759	.	.
1958	49 577 ^{a)}	18 188	13 803	11 721	3 145	2 633 ^{a)}	.	22 498	.	.
1959	50 027 ^{a)}	18 508	13 752	11 854	3 199	2 627 ^{a)}	.	22 573	.	.
1960	52 444	20 257	13 898	12 257	3 296	2 645	91	23 009	650 ^{a)}	1 580
1961	53 522	20 730	14 049	12 588	3 369	2 694	92	23 299	650	1 613 ^{b)}
1962	54 487	21 032	14 254	12 885	3 465	2 757	94	23 468	659 ^{b)}	1 647 ^{b)}
1963	55 360	21 261	14 572	13 093	3 536	2 804	94	23 488	669 ^{b)}	1 668 ^{b)}
1964	56 074	21 484	14 905	13 088	3 623	2 878	96	23 781	680 ^{b)}	1 710 ^{b)}
1965	56 297	21 757	15 076	12 780	3 676	2 911	97	24 045	702 ^{b)}	1 741
1966	56 494	21 765	15 306	12 669	3 722	2 934	98	24 201	702	1 754 ^{b)}
1967	56 176	21 054	15 470	12 918	3 718	2 919	97	23 722	705	1 803
1968	56 602	21 183	15 552	13 076	3 775	2 919	97	23 525	715	1 839 ^{b)}
1969	58 078	21 752	15 988	13 388	3 865	2 986	99	23 465	726	1 856
1970	59 295	22 246	16 398	13 552	3 933	3 063	103	23 263	725	1 902
1971	59 893	22 396	16 651	13 641	3 977	3 121	107	22 877	737	1 909
1972	60 084 ^{a)}	22 340	16 909	...	3 951	3 136	111	22 707	730	1 947
Arbeitslose										
1959	1 936	480	140	1 128	63	125	.	480	62	44
1960	1 381	271	130	836	30	114	.	377	31	31
1961	1 113	181	111	710	22	89	.	347	27	24
1962	983	155	123	611	23	71	.	467	27	22
1963	914	186	140	504	25	59	.	558	30	32
1964	904	169	114	549	22	50	.	404	29	19
1965	1 085	147	142	714	27	55	.	347	29	16
1966	1 167	161	148	759	37	62	.	361	32	18
1967	1 498	459	196	679	79	85	.	559	36	22
1968	1 436	323	254	684	72	103	.	586	37	39
1969	1 195	179	223	655	53	85	.	581	36	31
1970	1 137	149	262	609	46	71	.	618	42	24
1971	1 265	185	338	609	62	71	.	799	42	30
1972	1 522	246	384	697	108	87	.	885	48	30
1973	1 536	273	394	668	110	91	.	630	44	20

¹⁾ Quelle: SAEG (Bundesrepublik Deutschland ab 1960 korrigiert nach nationaler Quelle).

²⁾ Quelle: UN-Monthly Bulletin, ILO-Bulletin of Labour Statistics, ILO-International Labour Review.

³⁾ EG der Sechs.

⁴⁾ Beschäftigte Arbeitnehmer; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

⁵⁾ Ohne Landwirtschaft, Fischerei und private häusliche Dienste. Revidierte Zahlenreihe ab 1966.

^{a)} Schätzung des SAEG.

^{b)} Unsichere oder geschätzte Angaben.

Tabelle 11:
Bruttonsozialprodukt in EG-Ländern

Bruttonsozialprodukt der EG-Länder

Mrd Eur

Jahr	EG ins- gesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ²⁾	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Belgien	Luxem- burg	Groß- britan- nien	Irland	Däne- mark
in jeweiligen Preisen und Wechselkursen										
1956	147,7	47,7	55,0	26,2	8,6	9,7	0,4	58,7	1,5	4,5
1957	157,6	52,0	57,3	28,2	9,3	10,3	0,4	62,1	1,6	4,8
1958	165,5	55,8	59,1	30,3	9,5	10,4	0,4	64,9	1,6	5,0
1959	169,4	60,7	55,2	32,2	10,1	10,7	0,4	68,2	1,7	5,5
1960	191,2	72,0	61,1	34,9	11,2	11,4	0,5	72,2	1,8	6,0
1961	212,8	82,4	66,5	38,9	12,4	12,1	0,5	77,1	2,0	6,6
1962	235,0	90,0	74,4	43,7	13,4	13,0	0,5	81,0	2,1	7,4
1963	258,5	96,0	83,4	50,0	14,6	13,9	0,5	86,2	2,3	7,9
1964	285,8	105,2	92,5	54,7	17,2	15,6	0,6	93,8	2,6	9,0
1965	310,0	115,1	99,2	58,9	19,2	17,0	0,7	100,8	2,8	10,2
1966	334,0	122,7	107,9	63,7	20,8	18,3	0,7	107,3	2,9	11,1
1967	353,6	123,9	116,4	70,1	22,9	19,6	0,7	111,0	3,2	12,1
1968	385,3	135,0	127,6	75,6	25,3	20,9	0,8	104,5	3,1	12,4
1969	429,5	153,7	139,7	83,3	28,7	23,2	0,9	111,7	3,6	14,2
1970	485,4	187,3	145,7	93,2	32,2	25,9	1,0	122,2	4,0	15,7
1971	536,3	207,5	162,0	101,0	36,4	28,4	1,0 ^{a)}	136,1	4,5	17,2
1972	602,8	236,9	180,4	109,3	42,6	32,5	1,2 ^{a)}	149,3	5,4	19,4
in Preisen und Wechselkursen von 1963										
1956	176,0	62,2	58,3	32,9	11,3	10,9	0,4 ^{b)}	70,7	1,9	5,7
1957	185,3	65,7	61,7	34,7	11,6	11,2	0,5 ^{b)}	72,2	1,9	6,0
1958	191,2	68,2	63,5	36,4	11,5	11,1	0,5 ^{b)}	72,7	1,9	6,2
1959	201,4	73,2	65,4	38,8	12,1	11,4	0,5 ^{b)}	75,5	1,9	6,6
1960	221,6	84,6	70,1	41,2	13,1	12,0	0,5	79,0	2,0	7,0
1961	234,4	89,2	73,9	44,7	13,6	12,6	0,5	81,7	2,1	7,4
1962	247,1	92,8	78,9	47,5	14,1	13,3	0,5	82,7	2,2	7,9
1963	258,5	96,0	83,4	50,0	14,6	13,9	0,5	86,2	2,3	7,9
1964	274,2	102,4	89,0	51,5	15,9	14,9	0,6	90,8	2,4	8,6
1965	287,4	108,1	93,1	53,3	16,8	15,4	0,6	93,0	2,4	9,0
1966	299,8	111,3	98,3	56,5	17,2	15,9	0,6	94,6	2,5	9,3
1967	309,9	111,0	103,2	60,3	18,2	16,6	0,6	96,9	2,6	9,6
1968	328,9	119,1	108,4	64,2	19,4	17,2	0,6	100,0	2,8	10,1
1969	353,2	128,8	116,7	67,9	20,8	18,4	0,7	101,2	3,0	10,9
1970	373,7	136,3	123,7	71,2	22,2	19,6	0,7	103,2	3,1	11,3
1971	386,8	140,0	130,5	72,3	23,0	20,3	0,7 ^{a)}	105,8	3,1	11,7
1972	402,5	144,3	137,5	74,6	24,0	21,4	0,7 ^{a)}	108,3	3,3	12,3

¹⁾ EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

^{a)} Unsichere oder geschätzte Angaben.

^{b)} Schätzung des SAEG.

Bruttonationalprodukt je Einwohner der EG-Länder

Eur

Jahr	EG ins- gesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ²⁾	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Belgien	Luxem- burg	Groß- britan- nien	Irland	Däne- mark
in jeweiligen Preisen und Wechselkursen										
1956	908	959	1 255	536	787	1 095	1 320	1 141	529	1 001
1957	960	1 032	1 293	573	844	1 153	1 418	1 202	552	1 059
1958	998	1 093	1 320	612	845	1 154	1 402	1 250	574	1 101
1959	1 012	1 175	1 221	646	892	1 183	1 437	1 307	612	1 213
1960	1 110	1 298	1 337	696	979	1 253	1 568	1 374	651	1 300
1961	1 223	1 467	1 441	769	1 066	1 323	1 590	1 455	704	1 429
1962	1 335	1 584	1 582	859	1 136	1 406	1 599	1 516	757	1 600
1963	1 453	1 673	1 745	977	1 220	1 499	1 689	1 606	807	1 689
1964	1 590	1 815	1 915	1 060	1 416	1 662	1 915	1 737	912	1 916
1965	1 709	1 964	2 035	1 133	1 559	1 797	1 989	1 855	973	2 135
1966	1 826	2 074	2 194	1 218	1 672	1 920	2 071	1 965	1 021	2 324
1967	1 922	2 089	2 350	1 331	1 820	2 046	2 113	2 023	1 087	2 500
1968	2 082	2 269	2 557	1 428	1 990	2 183	2 302	1 895	1 071	2 548
1969	2 303	2 558	2 777	1 563	2 228	2 416	2 630	2 018	1 225	2 899
1970	2 581	3 089	2 870	1 737	2 475	2 692	3 004	2 202	1 358	3 186
1971	2 826	3 387	3 160	1 869	2 759	2 936	3 027 ^{a)}	2 444	1 523	3 474
1972	3 153	3 841	3 489	2 008	3 193	3 350	3 347 ^{a)}	2 673	1 777	3 884
in Preisen und Wechselkursen von 1963										
1956	1 082	1 249	1 330	673	1 034	1 227	.	1 375	654	1 283
1957	1 129	1 303	1 393	705	1 050	1 249	.	1 397	658	1 340
1958	1 153	1 335	1 418	735	1 032	1 232	.	1 402	649	1 368
1959	1 203	1 417	1 447	778	1 067	1 256	.	1 448	676	1 452
1960	1 287	1 526	1 535	821	1 142	1 318	1 628	1 503	716	1 531
1961	1 348	1 588	1 600	884	1 166	1 377	1 664	1 542	757	1 611
1962	1 404	1 633	1 679	933	1 193	1 446	1 672	1 548	777	1 690
1963	1 453	1 673	1 745	977	1 220	1 499	1 689	1 606	807	1 689
1964	1 526	1 766	1 841	997	1 312	1 588	1 786	1 681	833	1 826
1965	1 584	1 844	1 910	1 026	1 364	1 634	1 806	1 711	852	1 898
1966	1 639	1 881	2 000	1 079	1 380	1 676	1 821	1 733	855	1 930
1967	1 684	1 872	2 083	1 146	1 444	1 732	1 823	1 765	899	1 991
1968	1 777	2 001	2 171	1 211	1 523	1 799	1 912	1 813	973	2 065
1969	1 894	2 145	2 319	1 273	1 612	1 911	2 047	1 828	1 020	2 233
1970	1 987	2 248	2 437	1 326	1 701	2 033	2 110	1 860	1 038	2 286
1971	2 039	2 285	2 546	1 339	1 744	2 096	2 093 ^{a)}	1 901	1 056	2 357
1972	2 106	2 339	2 660	1 371	1 803	2 201	2 146 ^{a)}	1 938	1 079	2 456

¹⁾ EG der Sechs, bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

^{a)} Unsichere oder geschätzte Angaben.

Tabelle 13:
Volkseinkommen in EG-Ländern

Vom Wirtschaftswunder zur Globalsteuerung

167

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit der EG-Länder

Mrd Eur in jeweiligen Wechselkursen

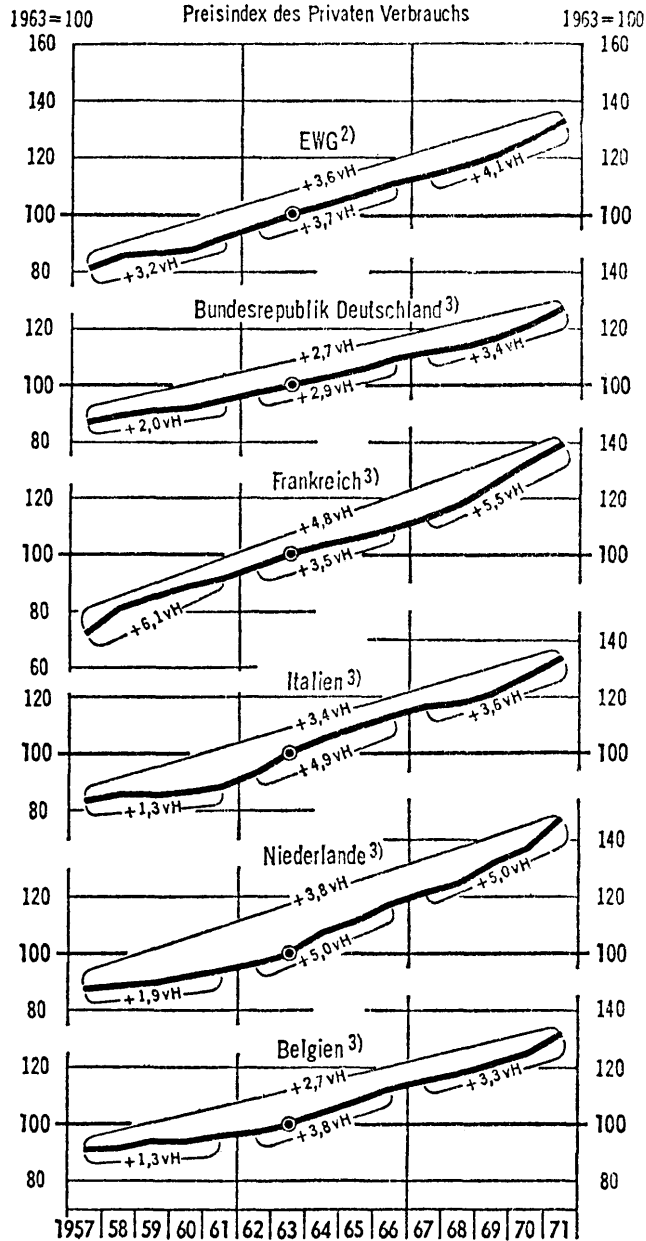
Jahr	EG ins-gesamt ¹⁾	Bundesrepublik Deutschland ²⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
Volkseinkommen										
1956	115,4	37,3	41,9	21,0	7,0	7,9	0,3	47,1	1,2	3,6
1957	123,1	40,8	43,4	22,6	7,6	8,4	0,3	50,0	1,3	3,9
1958	129,4	43,6	44,9	24,4	7,8	8,4	0,3	52,1	1,3	4,0
1959	131,7	47,3	41,3	25,9	8,3	8,6	0,3	54,8	1,4	4,4
1960	148,9	56,1	46,0	28,0	9,2	9,1	0,4	58,3	1,5	4,8
1961	165,3	63,9	50,1	31,1	10,1	9,6	0,4	62,4	1,6	5,3
1962	182,3	69,4	56,2	35,1	10,9	10,3	0,4	65,2	1,7	6,0
1963	200,5	73,9	62,9	40,3	11,9	11,0	0,4	69,5	1,9	6,3
1964	221,6	81,1	69,4	44,1	14,1	12,4	0,5	75,2	2,1	7,2
1965	240,5	88,8	74,5	47,5	15,7	13,5	0,5	80,3	2,2	8,0
1966	258,7	94,3	81,0	51,6	17,0	14,4	0,5	84,9	2,3	8,7
1967	273,0	94,0	87,8	56,6	18,7	15,3	0,5	87,5	2,5	9,4
1968	301,1	104,2	97,8	61,4	20,6	16,5	0,6	81,5	2,5	9,5
1969	333,9	117,0	106,5	67,9	23,6	18,3	0,7	85,6	2,8	10,9
1970	379,2	144,6	111,6	75,6	26,3	20,4	0,8	93,3	3,1	12,0
1971	418,5	159,3	124,1	82,5	29,5	22,4	0,8 ^{a)}	104,9	3,5	13,2
1972	470,5	181,1	138,3	89,7	34,5	25,9	0,9 ^{a)}	115,8	4,2	14,7
Einkommen aus unselbständiger Arbeit										
1956	65,8	22,3	24,7	10,4	3,9	4,3	0,2	34,3	0,7	2,1
1957	70,7	24,5	25,6	11,4	4,3	4,7	0,2	36,3	0,7	2,2
1958	74,7	26,6	26,3	12,2	4,5	4,9	0,2	37,7	0,7	2,3
1959	76,0	28,5	24,6	13,1	4,7	4,9	0,2	39,5	0,8	2,6
1960	86,0	34,0	26,7	14,5	5,2	5,2	0,2	42,5	0,8	2,8
1961	97,5	39,8	29,9	16,2	6,0	5,5	0,2	45,9	0,9	3,2
1962	110,0	44,4	33,9	18,8	6,6	6,0	0,3	48,5	1,0	3,6
1963	123,5	47,6	38,7	22,9	7,4	6,6	0,3	50,9	1,1	3,8
1964	137,3	52,1	43,0	25,6	8,8	7,4	0,3	55,2	1,2	4,4
1965	149,6	57,5	46,4	27,1	10,0	8,2	0,3	59,6	1,3	5,1
1966	161,6	61,9	50,1	29,0	11,2	9,0	0,4	63,8	1,4	5,6
1967	170,3	62,0	54,1	32,0	12,3	9,7	0,4	65,1	1,5	6,1
1968	185,9	66,6	60,4	34,8	13,5	10,3	0,4	60,8	1,5	6,3
1969	208,3	76,2	66,3	38,3	15,7	11,4	0,4	64,9	1,7	7,2
1970	242,4	96,5	70,0	44,8	18,0	12,7	0,5	72,4	2,0	8,2
1971	275,0	109,5	78,4	51,5	20,6	14,5	0,6 ^{a)}	80,0	2,3	8,9 ^{a)}
1972	311,2	125,5	87,8	56,5	23,7	17,0	0,7 ^{a)}	89,1	2,7	10,0 ^{a)}

¹⁾ EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

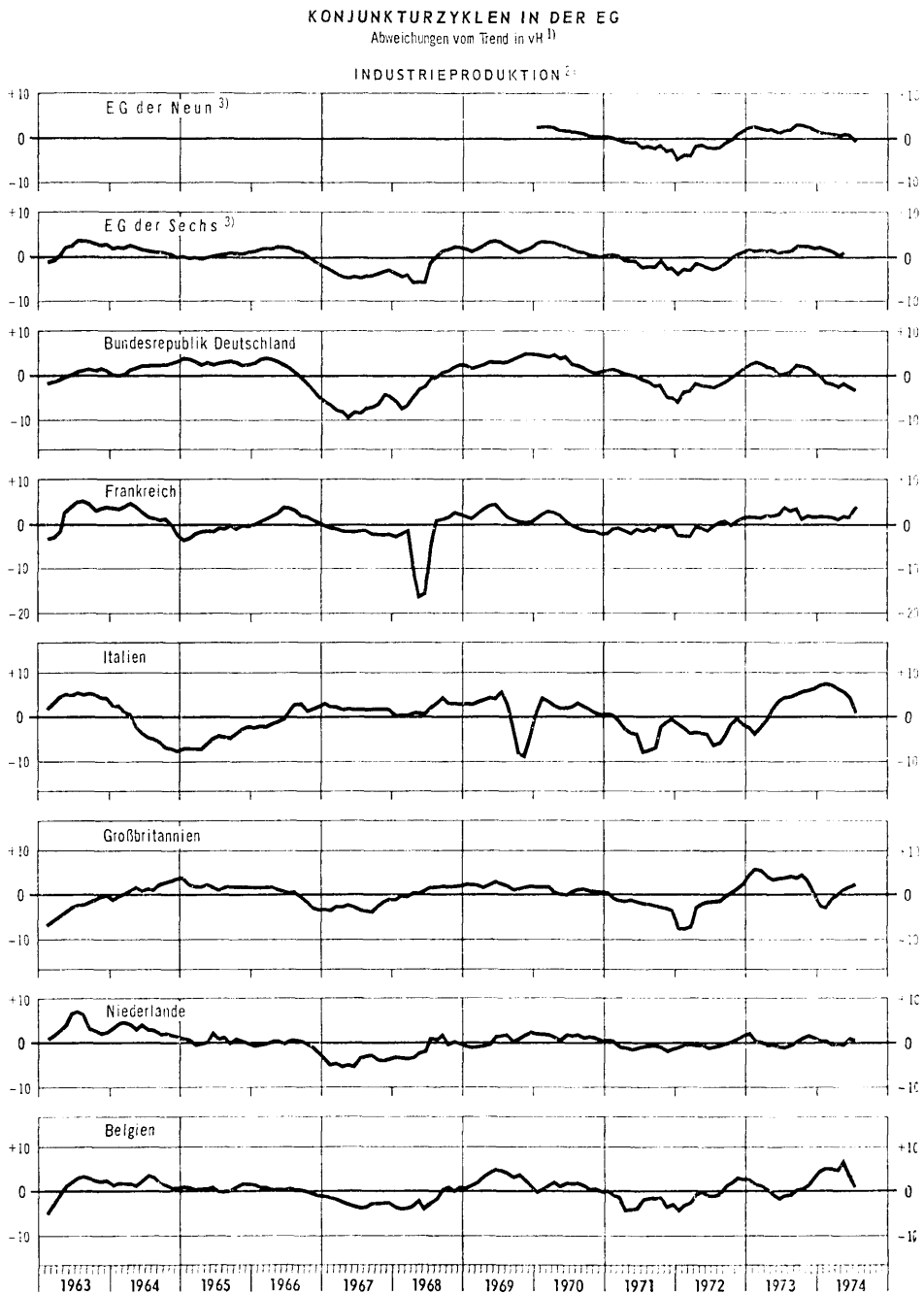
²⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

^{a)} Unsichere oder geschätzte Angaben.

**ENTWICKLUNG DER VERBRAUCHERPREISE
IN DER GEMEINSCHAFT 1)**



1) Die genannten Prozentsätze stellen die Jahresraten der Preissteigerungen in den betreffenden Zeiträumen dar. - 2) Aus Angaben in Eur,- 3) Aus Angaben in Landeswährung



1) Aus saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11). Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Abweichungen vom Trend (Trendberechnung nach modifiziertem Verfahren der Deutschen Bundesbank). – 2) Ohne Baugewerbe und Nahrungs- und Genussmittelindustrien. – 3) Einschließlich Luxemburg.

Bruttosozialprodukt und seine Verwendung in den EG-Ländern ¹⁾

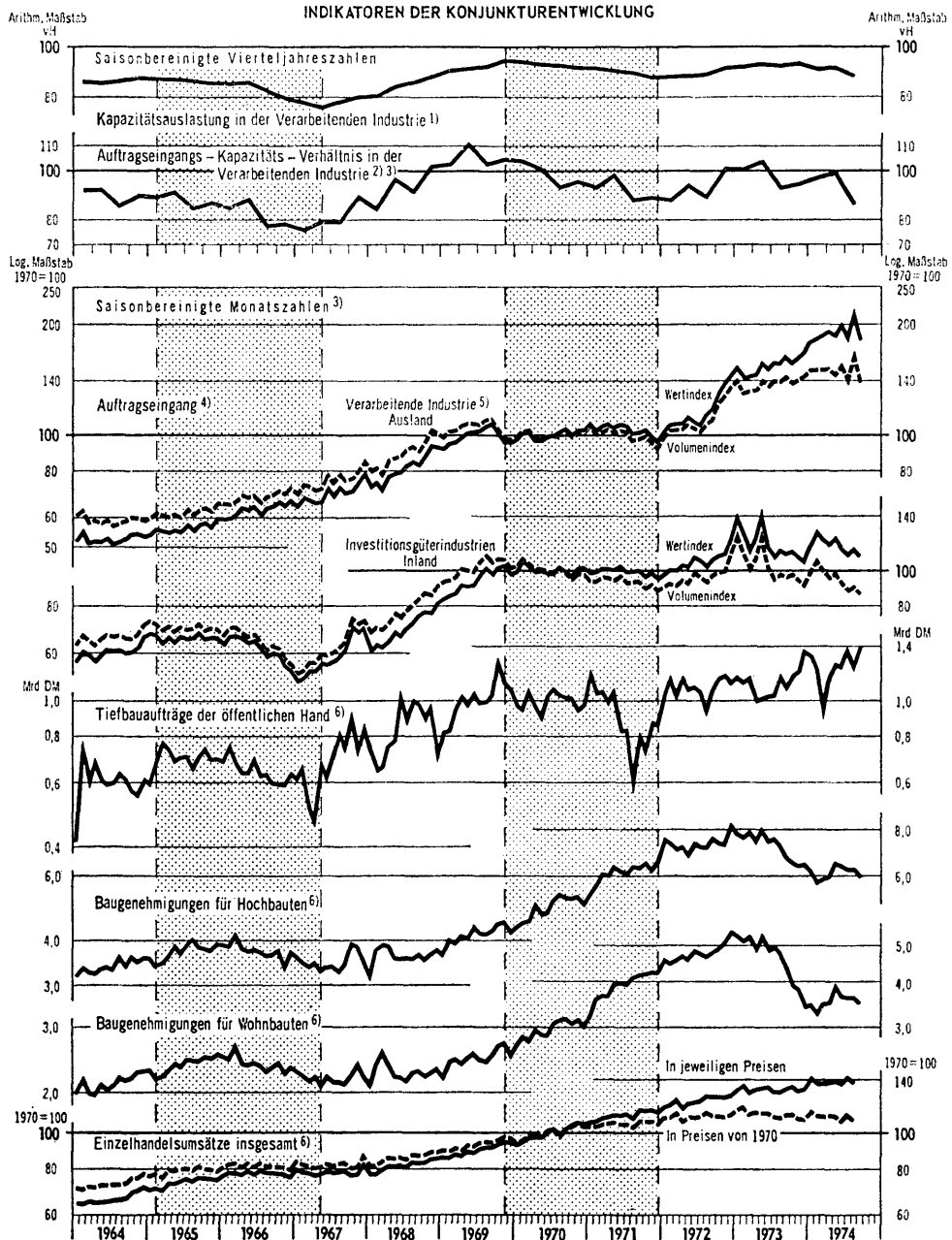
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Bundes- republik Deutsch- land	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Belgien	Groß- bri- tannien	Irland	Däne- mark
	1973 ²⁾							
Bruttosozialprodukt	+ 5,3	+ 6,0	+ 6,0	+ 4,2	+ 5,7	+ 5,4	+ 7,0	+ 3,5
Privater Verbrauch	+ 2,9	+ 6,0	+ 6,2	+ 2,1	+ 7,4	+ 4,6	+ 6,0	+ 4,3
Staatsverbrauch	+ 4,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 4,7	+ 3,7	+ 8,5	+ 4,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,1	+ 6,5	+ 9,0	+ 6,5	+ 7,2	+ 4,8	+16,3	+ 8,2
Ausfuhr	+16,2	+12,7	+ 5,3	+12,1	+ 9,6	+ 9,1	+ 5,8	+ 6,5
Einfuhr	+ 9,8	+14,1	+11,9	+11,9	+10,8	+11,2	+12,8	+19,0
	1974 ³⁾							
Bruttosozialprodukt	+ 1/2	+ 4	+ 4 1/2	+ 2 1/2	+ 4 1/2	± 0	+ 3	+ 1 1/2
Privater Verbrauch	- 1/2	+ 4 1/2	+ 3	+ 3	+ 4	+ 1/2	+ 2	- 2
Staatsverbrauch	+ 3 1/2	+ 2 1/2	+ 2 1/2	+ 3	+ 4 1/2	+ 2	+ 6	+ 5
Bruttoanlageinvestitionen	- 7 1/2	+ 5	+ 6	- 4 1/2	+ 5	- 2 1/2	+ 3 1/2	- 5
Ausfuhr	+14 1/2	+12 1/2	+ 7	+ 5	+ 8	+ 6	+11	+ 4 1/2
Einfuhr	+ 6 1/2	+ 9 1/2	- 1	+ 1/2	+ 8 1/2	+ 2 1/2	+ 6 1/2	- 2 1/2

¹⁾ In Preisen von 1963; Bundesrepublik Deutschland: in Preisen von 1962.

²⁾ Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.

³⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen; auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.



▨ Abschwungsphasen der Industrieproduktion

1) Quelle: DIW. - 2) Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien. Das Verhältnis errechnet sich wie folgt:

Kapazitätsauslastung (vH)

= Auftragseingang (1962=100, umbasiert von Originalbasis 1970=100, saisonbereinigt) / Quelle für Kapazitätsauslastung: DIW. - Industrielle Nettoproduktion (1962=100)

3) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. - 4) Auftragseingang aus dem Inland ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; aus dem Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer. - 5) Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien. - 6) Einschl. Umsatzsteuer.